

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Preise: Monatsabonnement R. 12.75 einschließlich
Lieferung. Erscheint täglich werktags.

Launs-Post—Homburger Lokalblatt

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Luitpoldstraße 26

Anzeigenpreise: Die sechsseitige 40 mm breite Zeile
kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Retardat
22 mm breit 50 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.

Postfachkonto: Frankfurt am Main 39864.

Nr. 288

Dienslag, den 9. Dezember 1930.

5. Jahrgang.

Um die außenpolitische Debatte

Die Entscheidung bei den Christlich-Sozialen. Beim Reichskanzler.
Rundgebung des Reichstages für Oberschlesien. Minderheitenschutz.

X Berlin, 9. Dezember.

Im Vordergrund des politischen Interesses steht die Frage, ob es im Reichstag zu einer außenpolitischen Debatte kommt oder nicht, da davon bekanntlich die Einbringung eines Minderheitenschutzes gegen Dr. Curtius abhängt. Die Entscheidung liegt bei einer verhältnismäßig kleinen Gruppe, nämlich dem Christlich-Sozialen Volksdienst, der zusammen mit den Deutsch-Hannoveranern und den Volkskonservativen auf der einen Seite, den Volkskonservativen auf der anderen Seite, die sogenannte „Technische Fraktion“ bildet.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing daher am Dienstag mittags als Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes die Abgeordneten Simpsendörfer, Rippel und v. Lindeiner-Wildau. Dieser Zusammenkunft kommt deshalb besondere politische Bedeutung zu, weil der Reichskanzler dabei den Versuch unternimmt, den Volksdienst davon zu überzeugen, daß ein außenpolitischer Vorstoß, sei es in Form einer außenpolitischen Debatte oder gar in Form eines Minderheitenschutzes gegen den Außenminister Dr. Curtius, im jetzigen Augenblick für die Interessen der Reichspolitik außerordentlich unerwünscht sei.

Zu gleicher Zeit war der Christlich-Soziale Volksdienst im Reichstag bereits zu der vom Nachrichtenbüro angekündigten Nationalsozialistischen Zusammenkunft, in der die Beratung und Entscheidung über einen Minderheitenschutz gegen den Reichsaussenminister den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete. Auch mehrere andere Fraktionen hielten schon am Vormittag Sitzungen ab.

In den Besprechungen beim Reichskanzler spielten vor allem die Oberschlesien-Fragen und der Minderheitenschutz in Oberschlesien eine Rolle. Es sind nämlich Bestrebungen im Gange, die Bemühungen der deutschen Außenpolitik um einen wirksamen Schutz der deutschen Minderheit in Oberschlesien durch eine eindrucksvolle gemeinsame Rundgebung aller Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten zu unterstützen.

Zweifellos hätte eine solche einmütige Erklärung, die sich über die scharfen innerpolitischen Differenzen hinwegsetzen würde, eine starke Wirkung auf das Ausland. Ihre Aussichten werden aber gefährdet, wenn die deutsche Einheitsfront durch ein Minderheitensvotum oder gar den Sturz des Außenministers gefährdet würde.

Für die Abberufung des Grafen Bernstorff.

Die Nationalsozialisten führen in einer Interpellation im Reichstag aus, daß der Auswärtige Ausschuss am 2. Dezember die sofortige Abberufung des deutschen Vertreters in der Vorbereitungskommission in Genf gefordert habe. Diese Abberufung sei noch immer nicht erfolgt. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, den Grafen Bernstorff nunmehr unverzüglich abzurufen. Weiter soll die Regierung erklären, ob sie gewillt sei, bei weiterer Sabotierung der Abrüstung und sonstigem Versagen der Mehrheit des Völkerbundesrates den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde zu erklären.

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Dezember.

Im Reichstag kam am Dienstag das
Pensionsstärkungsgesetz
zur ersten Beratung.

Abg. Hoffmann (Soz.) wendet sich gegen Artikel des „Völkischen Beobachters“, in denen behauptet wird, daß nicht weniger als dreihundert sozialdemokratische „Bonzen“ Ministerpensionen erhalten. Diese verabschiedeten Angaben seien durchaus unzutreffend. Soweit in dem Nationalsozialistischen Blatt überhaupt Namen genannt werden, handelt es sich um Leute, die gar nicht Minister waren, die keine Pensionen bezogen und die zum Teil schon lange tot sind. (Hört! hört!) Die Sozialdemokraten, Völkisch rechts.) Die Denkschrift der Reichsregierung über die Pensionsfrage beweist, daß die Rentenempfänger in Großpensionen bis zu 19.000 Rmk. gerade die geschworenen Feinde der Republik sind. Die Sozialdemokraten verlangen die Ausweisung dieser Denkschrift auf die Länder.

Abg. Sprenger (Nat.-Soz.) Der Verrat von 1918 war gar keine Revolution, sondern eine Schöpfung, mit der die Sozialdemokraten in Parteilichen in Beamtenstellungen unterbringen wollten. Von sozialdemokratischen Abgeordneten sind 20 Parteibuchbeamtene Beamtenvorbildung. (Lebhaftes Hört, Hört! bei den Nationalsozialisten.) Die in der Verfassung festgelegten wohlverordneten Rechte der Beamten haben durch die Beamtenabbaugesetze der Sozialdemokraten mit Füßen getreten gemeinsam mit ihren schwarzen Verbündeten vom Zentrum darüber hinaus hat man den Beamten einseitig Opfer zugemutet. Der hohe Pensionsetat ist von den Beamten selbst verschuldet durch den viel zu weitgehenden Beamtenbau. Dem kleinen Beamten will man die Pension kürzen, aber das geschieht gegen die öffentlichen Hochverräter, die ihr Kapital im Ausland verschoben haben. Die pensionierten Beamten werden nicht doppelt und dreifach besteuert.

Abg. Lauerer (D.N.): Diese Vorlage ist ein typisches Kind des Sozialismus. Die alten pensionierten Offiziere haben sich doch ihre Pension verdient, sie zahlen ihre Steuern, und sie haben auch das Recht der freien Meinungsäußerung. Der vorliegende Entwurf verstößt in empfindlicher Weise in die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten einzugreifen. Eine Verschlechterung der Versorgungsverhältnisse gegenüber dem bisherigen Zustand lehnen wir ab. Durch die Pensionskürzung im Sinne der Vorlage würde geradezu der Beamtenstand bestraft. Wir können die Vorlage, die wiederum ein Eingriff in die Beamten treffen und die Beamtenrechte aushebeln will, nicht gutheißen.

Abg. Torgler (Komm.): Wir mischen uns nicht in den Streit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten darüber, wer sich am meisten an die Futterkrippe drängt. (Rufe bei den Nationalsozialisten: „Hört! Hört!“) Dr. Neubauer (Nat.-Soz.) Dr. Neubauer hat zwar das ihm als Berufsbeamten zustehende Wartegeld von 1000 Mark, aber er ist davon eben! wenig ruhiger wie von den Soldaten. Durch Schreiben vom 23. Oktober 1930 hat der thüringische nationalsozialistische Kultusminister Dr. Fried Herrn Dr. Neubauer mitgeteilt, daß eine weitere Betätigung für die A. V. D.

ein Dienststrafverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung nach sich ziehen würde.

Abg. Dr. Krone (Zentr.): In einer Zeit der allgemeinen Volksnot müssen Opfer von allen Schichten gebracht werden. Wir dürfen auch an den zu hohen Pensionen nicht vorbeigehen. Dabei wollen wir die wohlverordneten Rechte der breiten Masse der Beamtenschaft nicht verletzen. Wir haben schon vor mehreren Jahren eine Höchstpensionsgrenze gefordert. Wir begreifen darum den vorliegenden Gesetzentwurf. Die Nationalsozialisten konnten bei der Wahlagitiation auf dem Lande nicht oft genug über die hohen Pensionen sprechen, und hier hält der Nationalsozialist Sprenger eine Rede, die nicht Fisch und Fleisch ist. Wir werden die Nationalsozialisten zwingen, im Ausschuss Farbe zu bekennen.

Abg. Morath (D.N.): Wir lehnen die Vorlage ab, wie wir das immer getan haben. Auch von den Freunden eines solchen Gesetzes wird zugegeben, daß der finanzielle Effekt nur gering ist. Dann soll man doch aber in einer Zeit, in der an sich schon dem Beamten der Hauptanteil an den finanziellen Opfern für das Reich zugemutet wird, diese neue Beunruhigung der Beamtenschaft vermeiden durch ein Gesetz, das doch nur eine Verbeugung vor der Straße ist. Doppelverdiener gibt es in allen möglichen Berufsgruppen, man wendet sich aber immer nur gegen die pensionierten Beamten, weil man immer den Weg des schwächsten Widerstandes gehen will.

Abg. Rauch-Wanichen (D.N.): In einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit geht es nicht an, daß die Empfänger von Pension und Wartegeld andere Menschen vom Arbeitsplatz verdrängen. Das wollen wir verhindern. Der vorliegende Entwurf geht aber weit darüber hinaus. Wir werden uns im Ausschuss gegen alle die Bestimmungen wenden, die über den Zweck, dem Doppelverdiener ein Ende zu machen, hinausgehen.

Gegen 18 Uhr wird die Aussprache unterbrochen, weil die am Samstag zurückgestellten Abstimmungen zur Notverordnung nachgeholt werden sollen.

In namentlicher Abstimmung

wird zunächst ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Deckungsmassnahmen aus der Juli-Notverordnung mit 294 gegen 602 Stimmen abgelehnt.

Der weitere kommunistische Antrag, der eine Höchstaltersgrenze für Beamte von 8000 Mark und eine Höchstpensionsgrenze von 6000 Mark einführen will, wird mit 454 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Mit 319 gegen 197 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wird dann der kommunistische Antrag abgelehnt, der hohe Vermögens-, Einkommen-, Dividenden- und Tantiemen-Sondersteuern fordert.

Auch die übrigen kommunistischen Anträge auf Änderung der Juli-Notverordnung werden abgelehnt. Einstimmig angenommen werden die verschiedenen Anträge, die die Einigung eines Unter-

suchungsausschusses über die Roggenfruchtverlangen. Die übrigen Landwirtschaftsanträge gehen an den Volkswirtschaftsausschuss.

Präsident Ebert schlägt um 7¼ Uhr vor, die Mittwochsitzung um 8 Uhr beginnen zu lassen und auf die Tagesordnung neben kleineren Anträgen und Vorlagen die Fortsetzung der Aussprache über das Pensionsstärkungsgesetz zu setzen.

Die Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) und Dr. von Freytag-Loringhoven (D.N.) beantragen, morgen in die Aussprache über die Außenpolitik einzutreten.

Abg. Stöcker (Komm.) schließt sich dieser Forderung an.

Abg. Ullrich (Zentr.) erklärt, die unmenschlichen polnischen Terrorakte gegen die deutsche Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien seien noch viel schlimmer als die Verhältnisse bisher erfahren hat. Wenn wir aber den bedrängten Volksgenossen wirklich helfen wollen (Värm bei den Nationalsozialisten), mit Värm und Schreien helfen Sie unseren Volksgenossen nicht! (Beifall.) Der Präsident der Gemischten Kommission Calonder hat von sich aus — was bisher noch nie geschehen — entsprechende Schritte beim Völkerbunde unternommen. (Värm bei den Nat.-Soz.) Aufgrund von Erfahrungen fürchte ich, daß eine Debatte in diesem Hause, deren Verlauf, Ausgang und Konsequenzen von niemand übersehen werden können, die von unseren Volksgenossen und von Calonder unternommene Aktion empfindlich stören könnte. Das ist auch die Meinung unserer ober-schlesischen Volksgenossen selbst. Jetzt kommt es nicht darauf an zu reden, sondern zu helfen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Kleiner (D.N.): Aufgrund derselben Verbindung mit Oberschlesien, auf die sich Abg. Ullrich beruft, und aufgrund derselben Fühlungnahme mit den ober-schlesischen Volksgenossen die ich seitens und jenseits der Grenze, mit denen ich Verhandlungen geführt habe, kann ich sagen, daß auch die Volksgenossen den Wunsch haben, daß hier im Reichstag wirksam und eindrucksvoll für sie gelämpft wird. (Hört, hört! rechts.) Unsere einzige Waffe in diesem Zeit-alter deutscher Wehrlosigkeit (Lute links: Ist das Maul! Anrufe) ist doch die, daß wir durch eine große Willensleistung uns an die Seite unserer Volksgenossen stellen und ihnen Hilfe kommen.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag auf außenpolitische Debatte gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt. Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Schluß der Sitzung 20.45 Uhr.

Der Genfer Abrüstungskonventionsentwurf.

Der deutsche Vorbehalt.

Der politisch wichtigste Artikel des Abrüstungskonventionsentwurfes, der die einseitigen Entwaffnungsbedingungen des Versailler Vertrages noch einmal aufgreift, hat in den jetzigen Beratungen des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf die endgültige Formulierung erhalten. Die französische, von England unterstützte Fassung besagt, daß die Abrüstungskonvention in keiner Weise die Verpflichtungen früherer Verträge berührt, durch die gewisse Signatarstaaten eine Begrenzung ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte eingegangen seien.

Schon jetzt läßt sich übersehen, daß der Konventionsentwurf praktisch für eine Reihe von Staaten eine beträchtliche Aufrüstung bringen wird, da in den Debatten verschiedentlich von den Vertretern einzelner Länder betont wurde, daß ihre Rüstungen noch nicht den Stand der für sie notwendigen Sicherheit erreicht hätten.

In dem Bericht des Ausschusses an den Völkerbundsrat kommt die ablehnende Haltung der deutschen Delegation in folgendem vom Grafen Bernstorff eingereichten Vorbehalt zum Ausdruck:

„Die deutsche Delegation hat erklärt, daß sie wegen des Artikels 52, soweit er nicht die Verträge von Washington und London berührt, gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit stimmen muß. Der von der Mehrheit des Ausschusses aufgestellte Konventionsentwurf schließt von einer Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen wesentliche Elemente aus. Statt zu einer wirklichen Abrüstung zu führen, würde dieses Projekt nur dazu dienen, den wirklichen Stand der Rüstungen der Welt zu verschleiern, ja, er würde sogar eine Erhöhung der Rüstungen gestatten. Wenn Deutschland diese Konvention unterzeichnen würde, so würde das eine Erneuerung seiner Unterschrift unter die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten.“

Die Schlussföhung.

Die Schlussföhung des Abrüstungsausschusses, die unter großem Andrang des Publikums und der Presse stattfand, begann mit einer grundsätzlichen Erklärung des sowjetrussischen Delegierten Lunarscharski, der die Arbeit des Ausschusses einer schonungslosen Kritik unterzog und beantragte, das sowjetrussische Memorandum dem Bericht an den Völkerbundsrat als Anhang beizufügen.

Der griechische Gesandte in Paris, Politis, feierte den Ausschuss und einige seiner früheren und jetzigen Mitglieder. Lord Cecil verteidigte seine im letzten Abschnitt der Tagung von den verschiedensten Seiten hart kritisierte Haltung.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Vertreter der Vereinigten Staaten Gibson angehört, der im Gegensatz zu Lord Cecil die Ergebnisse der Beratungen des Vorbereitenden Abklärungsausschusses ziemlich kühl beurteilte und meinte, die Delegierten hätten keinen Anlaß, sich gegenseitig Glückwünsche auszusprechen. Der von dem Ausschuss aufgestellte Entwurf erfülle durchaus nicht die Erwartungen, die man bezüglich einer Verminderung der Rüstungen früher gehegt habe. Das Höchste, was erreicht werde, wenn die Abrüstungskonferenz diesen Entwurf annehme, sei eine Stabilisierung der Rüstungen. Auf der Abrüstungskonferenz müßten die einzelnen Regierungen in ihren Konzeptionen weiter gehen als in den Instruktionen, die sie ihren Delegierten jetzt gegeben hätten.

Großem Interesse begegneten dann die Ausführungen des deutschen Delegierten Graf Bernstorff, der folgendes erklärte:

Ich habe die Worte des Vertreters der Vereinigten Staaten mit größtem Interesse gehört und befinde mich grundsätzlich in Uebereinstimmung mit ihm. Ich habe den Bericht angenommen, weil er alle meine Reserven enthält, und ich will auf erledigte Dinge nicht zurückkommen. Sie haben indessen aus den Reserven, die ich gemacht habe, ersehen, daß und warum ich bei meiner Kritik des Entwurfs beharren muß und daß im Einklang mit dieser Kritik die deutsche Regierung den Entwurf ablehnt, weil er nach ihrer Ansicht die schwersten grundsätzlichen Mängel und Unterlassungen aufweist. Die Völker haben ihren sicheren Instinkt für Realitäten.

Die französische Ministerkrise.

Laval bei der Bildung des Kabinetts.

Senator Laval ist eifrig bemüht, ein neues Kabinett zu bilden. Dabei hat er die Absicht, die Radikalen in die Regierung einzubeziehen. Die Radikalen wünschen aber die Ausschaltung rechtsstehender Parteien, namentlich der Marine-Gruppe. Das rechtsstehende „Echo de Paris“ meint nun, wenn die Radikalen auf ihrem Standpunkte, eine bestimmte Partei ausschließen zu wollen, bestehen bleiben sollten, dann würde er auch ohne sie regieren. Das Blatt will auch die folgenden Persönlichkeiten als die wahrscheinlichen Mitarbeiter Laval's bezeichnen können:

Briand, Tardieu, Chéron, Barthou, Maginot, Flandin, Reynaud, Germain Martin, Dumesnil, Fernand David und vielleicht sogar Mandel. Dazu kämen eventuell von den Radikalen, falls sie sich zur Mitarbeit entschließen sollten, Daladier, Chautemps, Queuille und de Jouvenel. Die Anwesenheit Daladiers im Kabinett wird, so versichert man in bestunterrichteten Kreisen, Laval eine sichere Mehrheit in der Kammer verschaffen, und im Senat dürfte dann das Kabinett auf keine Schwierigkeiten mehr stoßen.

Auch dem „Matin“ scheint es, daß die Verhandlungen, die Laval führt, so gut wie abgeschlossen sind. Nach diesem Blatt soll die Marinegruppe bereit sein, mit den Radikalen zusammenzuarbeiten. Das Blatt sagt deshalb, daß das Schicksal des Kabinetts Laval einzig und allein von dem Verhalten der Radikalen abhängt, und fragt:

Werden sie eine Haltung einnehmen, die die endgültige Verurteilung der republikanischen Konzentration bis 1932 bedeutet und infolgedessen im Widerspruch mit der Abstimmung der Radikalen im Senat sein würde?

Ohne Tardieu geht's nicht.

Nach einer Havasmeldung erklärte Laval, die effektive Mitarbeit Tardiens sei für eine *conditio sine qua non*. Sollte Tardieu spontan den Wunsch äußern, nicht in ein Kabinett einzutreten und ihm nur seine Unterstützung als Abgeordneter in der Kammer versprechen, dann würde er, Laval, auf die Kabinettsbildung verzichten. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß die Radikale Fraktion zu einem Eintritt Tardiens in das neue Kabinett noch nicht Stellung genommen hat.

Französische Fascisten.

„La République“, das Blatt Daladiers, veröffentlicht ein Flugblatt, das von Studenten vor dem Senatsgebäude verteilt worden ist. In diesem Flugblatt wird die studentische Jugend aufgefordert, in die Reihen der Universitäts-Phalanx der „Jeunesse patriote“ einzutreten und keine Einkreisung zuzulassen. Der durch Tardieu verkörperte Geist müsse für die Bewegung leitend sein.

Sei etwa der Augenblick gekommen, angesichts eines drohenden Deutschlands den inneren Zwist vor aller Augen auszuweiten und Begehrtheit zu erwecken? „Bereiten wir uns vor!“ so schließt der Aufruf. „Worauf?“ fragt „La République“ und erklärt, man habe es hier mit dem Einzug von Sitten zu tun, die in Italien dem Faschismus vorangegangen seien. Man wolle annehmen, daß Tardieu diesen Umtrieben fernstehe, aber zum wenigsten sei es alarmierend, daß diese reaktionäre Bewegung, die seinen Namen als Aushängeschild führe, offen ankündige, daß sie bald zu Taten überzugehen gedenke.

Nach dem Moskauer Prozeß.

Die Begnadigung der Verurteilten.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet ergänzend zu der Begnadigung der Verurteilten im Industrieparteiprozeß: Das Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion erklärte das Gnabengesuch des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion in Sachen der verurteilten Mitglieder der gegenrevolutionären Organisation, der sogenannten Industriepartei, und beschloß:

In Anbetracht dessen, daß erstens die Verurteilten nicht nur schuldig waren und die begangenen Verbrechen bereuen, sondern auch durch ihre Aussagen in der Voruntersuchung die Verurteilung der gegenrevolutionären Organisation entwarferten, welche Agentur und ausführendes Organ der internationalistischen und Militärkreise im bürgerlichen Frankreich und ihres Anhängers, des Handels- und Industrieministers, war, zweitens, daß die Sowjetregierung keinem Rachedgefühl Raum geben kann, besonders gegenüber unfähigen Gemächten, Gefährlichen und ihre Verbrechen bereuen, wurde die Begnadigung der Verurteilten ausgesprochen.

Hinzugefügt wird, daß für die Begnadigten auf Verlust ihrer Rechte für die Dauer von fünf Jahren und auf Eingekerkelung ihres Vermögens erkannt wurde.

Die Kürzung der Beamtengehälter.

Die Sozialdemokratie beantragt Staffelung.

Zu der in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 vorgesehenen Kürzung der Beamtengehälter um 6 v. H. hat, wie der „Vorwärts“ meldet, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Staffelung dahingehend vorsieht, daß die niedrigen Jahresbezüge bis zu 3000 Mk. um 4 v. H., die Bezüge von 3000 bis 4000 Mk. um 5 v. H. und erst die von 4000 bis 5000 Mk. um 6 v. H. gekürzt werden. Eine stärkere Kürzung ist für die Jahresbezüge von über 5000 Mk. vorgesehen. Bei den Bezügen zwischen 5000 und 8000 Mk. soll der Abzug 8 v. H. und bei allen höheren Bezügen 10 v. H. betragen. Eine Verminderung der durch die Gehaltskürzung beabsichtigten Einsparungen soll nach diesem Vorschlag nicht eintreten. In die Gehaltskürzung der Angestellten bei den öffentlichen Verwaltungen sollen nur Jahresbezüge, die 3600 Mk. übersteigen, einbezogen werden.

Weitere Anträge der Sozialdemokraten beziehen sich auf Wiedergulassung eines zollfreien Gefrierfleischkontingents in der alten Höhe, auf Beseitigung der Sonderumsatzsteuer für Warenhäuser, auf Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer für Einkommen über 8000 Mk. auf 10 v. H., auf Einführung eines besonderen Zuschlages für Aufsichtsratsmitglieder von 20 v. H., Aufhebung der Mineralwassersteuer und Änderung der Bestimmungen der Notverordnung über das Brotgesetz.

Der Reichsbankausweis.

Verringerung der Kapitalanlage.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. Dezember hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 198,2 Millionen auf 244,7 Millionen Reichsmark verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 3,0 Millionen auf 2000,7 Millionen Reichsmark, die Lombardbestände um 155,7 Millionen auf 75,7 Millionen Reichsmark und die Bestände an Reichsschatzwechseln um 39,5 Millionen auf 66,4 Millionen Reichsmark abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 188,9 Millionen Reichsmark in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 161,7 Millionen auf 4439,6 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 27,2 Millionen auf 410,0 Millionen Reichsmark verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 36,8 Millionen Reichsmark erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 344,4 Millionen Reichsmark eine Abnahme um 37,0 Millionen Reichsmark.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 22,4 Millionen auf 2727,2 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 10,3 Millionen auf 2190,3 Millionen Reichsmark und die bedungsfähigen Devisen um 12,1 Millionen auf 536,9 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 47,4 Prozent in der Vorwoche auf 49,3 Prozent, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 58,8 Prozent auf 61,4 Prozent.

England und der Moskauer Prozeß.

Eine Anfrage im Unterhaus.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus über den Moskauer Prozeß und die Tatsache, daß behauptet wurde, die Angeklagten hätten bei ihrer sowjetfeindlichen Tätigkeit mit der englischen Regierung gemeinsame Sache gemacht, verlas Minister Henderson folgende Antwort des Sowjetkommissars des Auswärtigen an den englischen Botschafter in London:

Die Angeklagten haben zur Zeit der Voruntersuchung in schriftlichen Erklärungen auf die Möglichkeit der Teilnahme britischer Kreise an Interventionsplänen Bezug genommen und haben diese Erklärungen später bei der Gerichtsverhandlung bekräftigt. Weder die Untersuchungsbehörde, noch der Gerichtshof kann die Angeklagten des Rechts berauben, Zeugnis abzugeben oder Geständnisse abzulegen, die sie für notwendig halten. Der öffentliche Ankläger hat natürlich die Anklage auf die Geständnisse der Angeklagten, die er nicht unberücksichtigt lassen konnte, gegründet. Indessen hat der Gerichtshof und der öffentliche Ankläger zur Zeit des Prozesses der Bezugnahme auf England so gut wie keine Beachtung geschenkt, und der öffentliche Ankläger hat sich auch in seiner Schlussrede nicht bei diesen Anschuldigungen aufgehalten. Ebenso hat die Regierung in keiner Weise irgendwelche Ansichten über diese Bezugnahme auf England geäußert.

Auf eine Anfrage Sir Austen Chamberlains, ob die Regierung es für vereinbar mit den Interessen und der Würde Englands halte, sich mit dieser Antwort abzufinden, erwiderte Henderson, die Antwort sei eben erst eingegangen und er müsse Zeit haben, sie zu erwägen.

— **Kürzung der Beamtengehälter in Sachsen.** Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat, den Vätern zufolge, die sächsische Regierung bestimmt, daß die Dienstbezüge der Beamten des Staates und der Gemeinden, der Lehrer und der Beamten der unter Staatsaufsicht stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und die Versorgungsbezüge der Beamten im Ruhestand und der Hinterbliebenen vom 1. Januar 1931 ab um 6 v. H. gekürzt werden. Die Dienstbezüge und die Dienstauswandsentschädigungen der Minister werden um 20 v. H. gekürzt.

— **Vorschlag zur Regelung der internationalen Schulden.** Der Leiter einer New Yorker Bankfirma Bertron hat dem Präsidenten Hoover einen Plan zur Regelung der internationalen Schuldenfrage unterbreitet. Bertron schlägt vor, den Schuldnern der Vereinigten Staaten und Frankreichs Bankkredite in der Höhe der alliierten Jahresschulden an Washington und der deutschen Reparationszahlungen an Frankreich zur Verfügung zu stellen für den Ankauf von Rohstoffen und Fertigwaren, wodurch die wirtschaftliche Depression in der ganzen Welt gehoben würde. Nach einer Mitteilung des Schatzamtes, dem dieser Vorschlag von dem Präsidenten Hoover zur Prüfung überwiesen worden war, ist in einem dem Präsidenten bereits überreichten **Wortlaut** der Plan Bertrons als undurchführbar bezeichnet worden.

Lokales.

Bad Homburg, den 10. Dezember 1930.

Die Zeit der langen Abende.

Wir stehen in der Zeit, in der sich zwischen Tag und Nacht der lange Abend schleibt. Wie früh steht sich der Tag über die erdgrauen Felder davon. Wie bald verfinstert der glühende Ball der Sonne im nebelhaften Meer des Horizonts. In Winterdämmerung dämmert Abend für Abend herauf zu einer Zeit, da wir noch vor kurzem am reifen Tag in Sonnenglanz standen. Was uns die Sonne ist, das merken wir erst jetzt, nach ihrem frühen Scheiden Millionen und Abermillionen Lichter nur unvollkommen Weg und Raum erhellen. Und mögen sie auch mit der Kraft von tausend Kerzen erstrahlen, ihr Licht bleibt armfellig im Vergleich zu dem Reichtum, der Schönheit und dem Segen eines einzigen Sonnenstrahls. Aber auch sie geben uns ein neues Erleben, das Erleben des langen Abends mit der Behaglichkeit seiner Dämmerung, mit dem geheimnisvollen Halbdunkel in Zimmer und Gassen, mit dem Ausflügen eines Meeres von Licht und mit den langen traumhaften Stunden im warmen gemüthlichen Heim. Es ist schon vorsorglich so eingerichtet, daß die langen Abende vor Weihnacht liegen; denn kein Weihnachtsfest ohne die schönen heimlichen Vorbereitungen an den langen, mit Märchenstimmung erfüllten Abenden. Und wie schön ist es, im Kreise der Familie die langen Abende zu sitzen und Wünsche und Pläne für kommende festliche Tage zu schmieden. Dann schmort wohl noch alter deutscher Sitt der Apfel im knisternden Ofen, die Teelampe dampft, die Schale mit Nüssen steht auf dem Tisch und alle Herzen sind erfüllt von der Behaglichkeit und dem Zauber des langen Abends. Was wir an Kraft und frohen Eindrücken in hellen wander- und sportfrohen Sommerabenden gewonnen, das ist jetzt der Schatz, von dem wir an den traumhaften Winterabenden zehren. So können denen, die sie recht zu nutzen verstehen, die langen Abende des Winters mit ihrer stillen Einkehr in sich, zu allen, die uns nahe stehen, aber auch zu einem guten Buch oder zu gedankenvoller Zweisprache Wege sein zu Kraft und Schönheit des Herzens.

Politischer Prozeß in Bad Homburg.

Die „Frankf. Nachr.“ hatten in ihrer Nummer vom 3. Mai den Artikel eines eifrigsten autonomistischen Organs abgedruckt, in dem es u. a. hieß, daß auch ein gewisser Pind im Dienste der Franzosen stünde usw. Herr Postol Pind, jetzt wohnhaft Bad Homburg, nahm an der Auslegung des Artikels an, daß nur seine Person damit gemeint sein könnte. Er strengte gegen den verantwortlichen Redakteur der genannten Zeitung einen Prozeß wegen Beleidigung an. Unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Congen kam es heute in der Privatklage zu einem Vergleich beider Parteien dahingehend, daß Herr Congen als Chefredakteur der „F. N.“ erklärte, er habe bei der Aufnahme des Artikels nicht an die Person des Privatklägers gedacht. Die Erklärung wird in dem genannten Frankfurter Blatt zum Abdruck gebracht.

Weihnachtsmusik. Das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Ensemble veranstaltete gestern im Kurhaus bei gutem Besuch ein Weihnachtskonzert. Der Chor der Anstalt brachte gemeinsam mit dem Schulorchester unter Leitung von Herrn Schilddauer eine gute Auswahl Weihnachtslieder zum Vortrag. In besonders glanzvoller Ausmachung wurden von den jungen Sängerinnen auch Beethoven's „Die Himmel rühmen...“ und Händel's „Tochter Zion, freue dich“ geboten. Man verlebte einen recht angenehmen Nachmittag.

Eine Erwerbslosen-Demonstration wurde am gestrigen Nachmittag in unserer Stadt veranstaltet. Im geschlossenen Zuge marschierten etwa 200 Demonstranten, Schilder mitführend, durch die Straßen Homburgs.

Einen Selbstmordversuch beging vor einigen Tagen der Ausläufer eines hiesigen Geschäfts, nachdem ihm seitens der Geschäftsleitung erklärt wurde, daß er sich Unregelmäßigkeiten habe zuschulden kommen lassen. Der Ausläufer nahm sich seine Verfehlungen so zu Herzen, daß er seinem Leben ein Ende machen wollte. Er wurde in erdäugtem Zustand im Hofe des Geschäfts aufgefunden und konnte noch rechtzeitig gerettet werden. Seit dieser Zeit ist der Ausläufer spurlos verschwunden.

Stoffbilder-Wettbewerb. Für den im Zusammenhang mit der im Kurhaus stattgefundenen Stoffbilderausstellung des Süddeutschen Rundfunks von der Kurverwaltung ausgeschriebenen Stoffbilder-Wettbewerb für Homburger Kinder sind schon eine Reihe sehr fleißiger und talentvoller Arbeiten eingegangen. Um einer möglichst großen Anzahl von Kindern die Möglichkeit zu geben, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen, hat die Kurverwaltung den Einlieferungsfrist bis Donnerstag, 18. Dezember, hinausgeschoben.

Süßwasserbäder im Kurhausbad. In Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage hat sich die Kurverwaltung entschlossen, den schon stark ermäßigten Preis für ein Süßwasserbad dadurch noch herabzusetzen, daß von morgen ab Bünserkorben mit einer Verbilligung von 10 v. H. abgegeben werden. Der Preis eines einzelnen Bades beträgt dann nur noch Mk. 0,90, ein Preis, der wohl ziemlich konkurrenzlos dastehen dürfte. Süßwasserbäder werden an jedem Badetag abgegeben, also jeden Dienstag und Donnerstag von 9—1 Uhr und jeden Samstag von 9—5 Uhr.

Vorausichtige Witterung: In den nächsten Tagen rasch veränderlicher Witterungscharakter, Durchzug schmalen Niederschlagsstreifen, Regen vorwiegend, Schnee nur in Hochlagen.

Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung.

Stärkere Menschenansammlungen vor dem Rathaus. Das ließ erkennen, daß unsere Stadtverordneten sich am gestrigen Abend mit einer besonders wichtigen Tagesordnung zu beschäftigen hatten. Die Erwerbslosen der Stadt warteten auf Bescheid. Sie wollten erfahren, ob das Plenum sie doch noch mit einem bescheidenen Weihnachtsgeschenk erfreuen würde. Die positive Antwort, die nach etwa einstündiger Sitzung aus dem Sitzungssaal gedrungen sein mag, wird manchem dieser armen Menschen den Nachhauseweg erleichtert haben. Die sogenannte „Wohlfahrtskassenrechnung“ scheint nicht zur Ruhe kommen zu wollen. Auf Antrag der Opposition soll die Regierung in Wiesbaden ersucht werden, die Angelegenheit des Abschluß der Stadtkassenrechnung 1928 — zu beschleunigen. Für Außensitzende und auch für die Mitglieder des Kollegiums wird die sich nun schon ein Jahr ziehende Affäre langweilig. Alle tut not, damit der Fall in kürzester Zeit der Vergangenheit angehört.

Sitzungsbericht.

Anwesend sind 25 Stadtverordnete; am Magistrats-Bürgermeister Dr. Eberlein sowie die Stadträte Eberlein, Gell, Quirnbach und Simon. Der Vorsitzende eröffnet um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr die Sitzung und beginnt sogleich mit der Tagesordnung.

1. Antrag der Stadtverordneten-Fraktion der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) auf Festsetzung von Abschlägen bei Vergütung von Urteilen in den städt. Häusern.

Der Antrag liegt folgender Fallbestand zugrunde: Der Baukreditrat Herold hat gegenüber einer städtischen Mietskassendirektion, die erhalte 50 Rmk. und könnte mit dem Geld von einem Arbeitslosen ihre Wohnung herrichten lassen. Die Bauverwaltung hat die Antragsteller nun hingehend in Kenntnis gesetzt, daß der Magistrat schon immer gegen jede Schwarzarbeit gewesen sei und er die andernfalls des Baukreditrats keineswegs billige.

Stv. Fraßlich (Wp.) billigt den Antrag an die zuständige Stelle (Baudeputation) zu verweisen. Auf Grund der Anfrage des Stv. Denfeld (Soz.) erklärt Abg. Fraßlich weiter, man wolle mit dem Antrag erreichen, daß zukünftig die Urteile nur auf dem Wege der Subvention vergeben werden. Es müsse unterbunden werden, daß ordentliche Handwerker weiter zu schädigen.

Stv. Kiedel (Opp.) glaubt, daß der Antrag auf den Kern der Sache nicht eingehe. Die Handlungsfälle des Baukreditrats, der die Anweisung seiner gesetzlichen Beförden so sabotiere, müsse schärfstens zur Kenntnis werden.

Der Wp.-Antrag wird angenommen.

2. Gewährung einer Winterbeihilfe an die Wohlfahrtsempfänger.

Die Angelegenheit hat schon mehrfach das Plenum beschäftigt. Der Magistrat hält seinen Antrag vom 7. November, der für die Wintermonate eine an Kleinrentner, Sozialrentner, sowie an alle übrigen Wohlfahrtsempfänger zu gewährenden Kohlenbeihilfe vorschlägt, auf. Diese soll wie folgt vorausgesetzt werden: Ledige mit eigenem Haushalt 1 Zentner, Verheiratete mit 2 Kindern 2 Zentner und Verheiratete mit 3 und mehr Kindern 3 Zentner. Der Vorsitzende gibt weiter bekannt, daß die Erwerbslosenkommission in Anbetracht der furchtbaren Folgen einen Antrag auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe gestellt hat. Der Antrag ist von den Stadtverordneten Dippel und Kiedel unterzeichnet. Schließlich durch die oppositionelle Stadtverordnetenfraktion die Resolution, die in der von über 600 Erwerbslosen besetzten Kundgebung der Vorwoche im „Schützenhof“ beschlossen wurde, dem Plenum zur Kenntnis gegeben worden. Auf Antrag des

Stv. Schlottner (D. B. P.) wird der zweite Punkt dem

3. Antrag auf Erhöhung der Abschläge für die Sozial- und Kleinrentner,

kommen beraten.

Stv. Schmidt (Dnt.) erstattet Bericht über die Sitzung der Vereinigten Ausschüsse. Der Ausschuß habe sich mit einem oppositionellen Antrag beschäftigt, der den Magistrat ersucht, die Reduzierung der Unterstützung für Sozial- und Kleinrentner wieder aufzuheben. Es kann aber erst Infrage kommen, bis der Kreis diese Angelegenheit hat. Es wurde beschlossen, beim Kreisbeschluß den Antrag zu stellen, für die Monate Dezember bis März die Abschläge um 20% zu erhöhen. Bei eventueller Akzeptierung dieses Antrags sollen die bis dahin gewährten Kohlen- und Weihnachtsbeihilfen einge-
kürzt werden.

Stv. Kiedel (Opp.) erklärt, die Not habe auch in Homburg die Massen auf die Beine gebracht. Der Magistrat könne es unmöglich nur bei der Kohlenbeihilfe belassen. Nachdem man die Notleidenden von der Einkommensteuer ausgenommen habe, käme jetzt die Grund-

vermögenssteuer, von der auch die Wohlfahrtsempfänger steuerlich betroffen würden.

Zwecks einer interfraktionellen Beratung wird die Sitzung auf Wunsch des Bürgermeisters etwa 20 Minuten unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Plenarsitzung erklärt Stv. W. Schmidt (Dnt.): Auf Grund der besonderen Verhältnisse und der nicht ausreichenden Unterstützung hat sich die Mehrheit der Stadtverordneten entschlossen, der Not aller Unterstützungsempfänger durch folgende Maßnahmen zu begegnen:

1. Verabreichung der Kohlenbeihilfe.
2. Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für Dezember in der gleichen Höhe des Vorjahres.
3. soll der Antrag an den Kreis gestellt werden, die Abschläge generell von Dezember bis März um 20 Prozent zu erhöhen.

Stv. Dippel (Soz.) kommt nochmals eingehend auf die Frage der Abschläge zu sprechen. Er erklärt, daß d. B. der Main-Taunuskreis — ohne erst Wiesbaden zu fragen — die Abschläge um 20 Prozent erhöht habe. Und was der Landrat Apel des Main-Taunuskreises kann, das müsse auch der Landrat des Ober-Taunuskreises fertig bringen.

Stv. Schmidt (Dnt.) erklärt u. a., daß im Ober-Taunuskreis mehr als im Main-Taunuskreis an Unterstützung gezahlt werde und gibt hierfür Beweise an.

Stv. Kiedel (Opp.) verzichtet in Anbetracht des Ernstes der Materie auf das Wort und bittet um Abstimmung.

Stv. Birkenfeld (Ztr.) erklärt, daß der jetzige Antrag ursprünglich der des Zentrums gewesen sei. Er macht weiter den Vorschlag, die Bevölkerung in einem Aufruf aufzufordern, durch freiwillige Spenden jeder Art zur Verringerung der Not beizutragen. Unter Führung von Bürgermeister Dr. Eberlein solle ein paritätisch zusammengesetzter Ausschuß gebildet werden.

Bürgermeister Dr. Eberlein bittet in Anbetracht dessen, daß in Homburg schon reichlich Wohltätigkeitsorganisationen beständen, von einer solchen Aktion Abstand zu nehmen.

Stv. Schlottner (D. B. P.) gibt der Vorlage auch seine Zustimmung, obwohl gerade das Handwerk schwer zu leiden habe.

Die Vorlage wird mit der Maßgabe, daß bei einer Erhöhung der Abschläge um 20% die in 1 und 2 des Antrags erwähnten Beihilfen prozentual angerechnet werden, bei einer 10 prozentigen Erhöhung dementsprechend gehandelt wird, angenommen.

Bürgermeister Eberlein äußert, die Mittel seien dadurch vorhanden, daß man die noch im Etat angeführten 4500 Rmk. des Dispositionsfonds nehme, ferner die durch eine sechsprozentige Gehaltskürzung der Beamten für die Monate Februar und März freiwerdende Summe der Stadtkasse zuzuführen.

4. Antrag auf Aufhebung des Mieteinigungsamts. Der Kreis hat aufgrund des Beschlusses der vorigen Stadtverordnetenversammlung selbst den Antrag bei der Regierung gestellt. Die Sache ist somit für die Stadtverordneten erledigt.

5. Uebnahme domänenfiskalischer Wasserlauf-, Straßen- und Wegeflächen durch die Stadt.

Es handelt sich hier lediglich um eine Vereinigung des Grundbuches.

6. Antrag der oppositionellen Stadtverordnetenfraktion, betr. Beschleunigung des Abschlusses der Stadtkassenrechnung 1928.

Die Opposition hat den Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, Schritte in Wiesbaden zu unternehmen, daß die Prüfung der Abrechnung 1928 baldigst ihre Erledigung findet.

Stv. Kiedel (Opp.) rollt nochmals den Fall „Stadtkassenrechnung 1928“ auf. Er wünscht, daß sowohl er (Kiedel), als auch der Stv. Schmidt (Dnt.) in Wiesbaden in der Angelegenheit vernommen werden.

Bei namentlicher Abstimmung wird der Oppositions-antrag mit 16 Stimmen angenommen.

Interpellationen.

Der Vorsitzende gibt ein Schreiben des Oberförstlers in Sachen Kultur- und Bauungsplan zur Kenntnis.

Die Opposition fragt an, ob die Angaben eines Mitglieds der Wohlfahrtsdeputation wahr seien, daß man Mietzuschläge bis 120 Mark gewährt habe (Stv. Dippel) stellt den Fall dahingehend richtig, daß man bei einer Miete von 120 Mark eine Unterstutzung gebilligt habe.

Stv. Denfeld (Soz.) bedauert, daß man die durchgeführte Vergiftung der Feldmäuse nicht bekanntgegeben habe. Besonders die Taubenzüchter, die ihre Tauben nicht einsperren, hätten großen Schaden zu verzeichnen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 22 $\frac{1}{2}$ Uhr.

nahme des deutschen Rundfunks beträgt zur Zeit etwa 88 Millionen, wovon rund die Hälfte an die Reichspost, der Rest an die Sendegesellschaften gelangt.

Das Sonnenflecken. Wir leben heute mehr als je zuvor in Zeiten der Not und des Elends. Es gibt nur wenige unter uns, die behaupten können, daß sie nichts merken von der Schwere der Zeit und von dem Ernst der Tage. Jeder hat in seinem Leben schon Schweres durchgemacht, jeder kennt die Stunden der Verzweiflung, in denen der Glaube wankt und man an dem Uebermaß der Last zusammenzubrechen droht. Auch im Weltkriege gab es solche Zeiten sowohl für den einzelnen als auch für die Gesamtheit der Völker. Und doch! Es gibt auch in den schwersten Tagen winzige kleine Sonnenflecken, die in irgendeiner Form den Schatten durchbrechen und helle Strahlen in die Schwärze des Leids malen. Die Kunst besteht nur darin, solche Sonnenflecken zu sehen. Glücklich ist derjenige, dem die Natur die Gabe schenkte, auch in trüben Zeiten das winzige Gute zu erblicken, das den Zustand der Not erträglich macht. In Zeiten der Entbehrung und des Schmerzes sind solche Menschen geradezu als Glücksfinder zu bezeichnen, denn sie haben die Möglichkeit, etwas leichter über alles hinwegzukommen als die anderen. Jeder sollte, auch wenn es ihm schlecht geht, versuchen, einen solchen Sonnenfleck zu suchen und sich bei seiner Betrachtung aufzurichten. Wenn es gelingt, der Welt auch die schwerste Zeit überwinden können.

Verboten an Wegekrenzungen. Die Kraftverkehrsordnung verbietet unter anderem das Aufstellen zum Stillstande gelangender Kraftfahrzeuge an Wegekrenzungen. Dazu ist, wie das Kammergericht in einem Urteil ausführt, nicht erforderlich, daß das Fahrzeug auf der Kreuzung hält. Verboten ist die Aufstellung auch dann, wenn das Fahrzeug in so unmittelbarer Nähe der Kreuzung hält, daß die durch die Kreuzung bedingte Verkehrserschwerung sich auf den Standpunkt des Fahrzeugs erstreckt. Ist ein Fahrzeug so weit von der Kreuzung aufgestellt, daß die Ein- und Ausfahrt aus einer der sich kreuzenden Straßen in eine andere nicht behindert wird, so verstößt der Führer auch nicht gegen § 27 Abs. 1 der Kraftverkehrsordnung, wenn er der Weisung eines Polizeibeamten, das Fahrzeug auf einem nahe gelegenen Parkplatz aufzustellen, nicht nachkommt, da diese Weisung unter den gegebenen Umständen nicht der Regelung eines augenblicklichen Verkehrsbedürfnisses dient.

Die Bedeutung der Steuerkarte für den Lohnabzug. Die Steuerkarte hat erhebliche Bedeutung für die Vornahme des Steuerabzugs, und es kann deshalb den Arbeitnehmern nur nachdrücklich empfohlen werden, sich rechtzeitig in den Besitz einer Steuerkarte für 1931 zu setzen und sie rechtzeitig vor der ersten Lohnzahlung für das Kalenderjahr 1931 dem Arbeitgeber zu übermitteln. Während der Arbeitgeber bei Vorliegen der Steuerkarte an die Eintragungen auf der Karte gebunden ist und nach Maßgabe dieser Eintragungen den Steuerabzug unter Berücksichtigung des steuerfreien Lohnbetrages und nach Maßgabe des auf der Karte vermerkten Familienstandes vornehmen muß, ist er bei Nichtvorliegen der Karte, wobei es gleichgültig ist, aus welchem Grunde dies geschieht, gesetzlich verpflichtet, von vollem Arbeitslohn ohne Berücksichtigung des steuerfreien Lohnbetrages und des ihm etwa aus anderen Unterlagen bekannten Familienstandes zehn Prozent vom vollen Arbeitslohn einzubehalten. Tut er dies nicht, so haftet er für zehn Prozent vom vollen Arbeitslohn, selbst wenn die Summe, die er einbehalten hat, dem entspricht, was er bei Vorliegen der Steuerkarte nach dem Familienstande nur hätte einbehalten dürfen. Der Arbeitnehmer hat, wenn er die Steuerkarte nicht vorlegt und infolgedessen der Arbeitgeber zehn Prozent vom vollen Arbeitslohn einbehalten hat, keinen Anspruch auf Erstattung der Differenz. Die zehn Prozent vom vollen Arbeitslohn sind in diesem Falle zu Recht einbehalten worden. Eine Erstattung aus § 129 der Reichsabgabenordnung, wonach zu Unrecht entrichtete Steuerbeträge erstattet werden sollen, greift nicht Platz.

„Weihnachtsstraßen“.

Verkehrswerbung der Frankfurter Geschäftswelt

Die Firmen in der Frankfurter Goethestraße, einer der bedeutendsten Geschäftsstraßen in Frankfurt a. M., haben eine originelle Weihnachtswerbung durchgeführt, die infolge ihrer eindrucksvollen Wirkung und zeitgemäßen Billigkeit sicherlich Nachahmung finden dürfte. An den beiden Eingängen der Straße sind an den Ecken riesige Weihnachtsbäume mit reichem Schmuck und elektrischen Kerzen aufgestellt.

Von diesen Bäumen aus ziehen sich Girlanden aus Tannenzweigen mit Weihnachtschmuck die Fassaden der Straße entlang. Diese weihnachtliche Gemeinschaftswerbung der anliegenden Geschäftswelt gibt dem Straßenbild ein reizendes weihnachtliches Gepräge; die Weihnachtsstraße dürfte ihre Anziehungskraft sicher nicht verlieren.

** Frankfurt a. M. (Messerstetzer im Schlacht- und Viehhof.) Im Schlacht- und Viehhof brachte ein 15-jähriger Metzgerlehrling einem 25-jährigen Metzgergesellen im Verlaufe von Streitigkeiten einen Messerstich in den Unterleib bei. Der Verletzte mußte ins Heiliggeist-Hospital übergeführt werden. Seine Verletzung ist sehr schwer.

** Frankfurt a. M. (Ein angeblicher Student als Betrüger.) In letzter Zeit ist hier ein angeblicher Student „Eugen Amman aus Gmünd“ als Betrüger aufgetreten. Er täuschte auf der Straße Anfälle vor und erreichte dadurch, daß er von Passanten in ein Haus verbracht wurde. Er verstand es dann, den hilfsbereiten Personen unter Vorlage von gefälschten Briefen Marzuzumachen, daß seine Eltern in Gmünd ein Baugeschäft haben und vermögend seien. In den Briefen kommt ferner zum Ausdruck, daß seine Eltern Geld übersandt hätten, das anscheinend verloren gegangen ist. Weiter gibt er an, daß er durch die Krankheit sein Studium unterbrechen und jetzt zu Fuß zu einem Bruder nach Karlsruhe oder Stuttgart gehen müsse. Mit diesen Schwindeleien hat er mehrfach erreicht, daß ihm freiwillig Geld zur Weiterfahrt gegeben wurde. Er hatte dann die Dreistigkeit, seine Wohltäter zu bitten, einen Brief an die angeblichen Eltern zu schreiben, den er mit einem dankenden Lafah für seine hilfsreichen Freunde unterschrieb. Die Briefe kamen jedoch stets als unbestellbar zurück. Durch die Polizeibehörde wurde festgestellt, daß die angeblichen Eltern in Gmünd nicht existieren. Der Schwindler wird jetzt von der Polizei gesucht.

* Geltungsdauer der Sonntagsruckschiffahrten und Arbeiter-Fahrtarten an Weihnachten 1930. In diesem Jahre gelten Sonntagsruckschiffahrten an Weihnachten zur Rückfahrt vom 12. Dezember 12 Uhr bis 28. Dezember, zur Rückfahrt vom 29. Dezember nachmittags bis 29. Dezember 9 Uhr. Die Geltung von Schnellzügen mit Sonntagsruckschiffahrten ist am 23. und 24. Dezember ausgeschlossen, an den übrigen Tagen gegen Bezahlung des tarifmäßigen Schnellzugzuschlags

zugelassen. Die Geltungsdauer für in der Zeit vom 20. bis 28. Dezember ausgehenden Arbeiter-Fahrtarten wird ausnahmsweise bis 5. Januar einschließlich verlängert.

* 400 000 neue Rundfunksender in einem Jahr! Die Zahl der bei der Reichspost gemeldeten Rundfunkanschlüsse hat sich vom 1. Oktober 1929 bis zum 1. Oktober 1930 um rund 400 000 erhöht. Am Stichtage waren im Deutschen Reich 3 242 000 Rundfunksender amtlich angemeldet. Die Gesamtan-

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Berlin, 10. Dez. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die die Wintermonate mit sich zu bringen pflegt, hat nach dem Bericht der Reichsanstalt in der zweiten Novemberhälfte d. J. nicht das Ausmaß erreicht wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Einen Ausschnitt der gesamten Arbeitslosigkeit geben die Ziffern der Unterstützungsvereine. Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000, in der Arbeitslosenunterstützung rund 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme um rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung (im Vorjahre Zunahme von rund 1 015 000 auf rund 1 170 000). Ähnlich ist das Bild, das die Entwicklung der Zahlen der Arbeitsuchenden gibt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 3 762 000.

Internationale Bergarbeiterkonferenz in Berlin.

Berlin, 10. Dez. Der Vollgremiausschuss der Bergarbeiter-internationale hielt eine Konferenz in Berlin ab, an der Bergarbeitervertreter aus Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Holland, England, Schweden und der Tschechoslowakei teilnahmen. Die Berichte über die Wirtschaftslage der verschiedenen Länder wurden entgegengekommen, aus denen hervorging, daß sich die Kohlenkrise überall verschärft und in Deutschland, England und Polen geradezu unerträgliche Verhältnisse geschaffen habe. Die Krise greife jetzt sogar auf Frankreich und Belgien über. Am Schluß der Berichterstattung wurde eine Entschließung angenommen, in der der internationale Bergarbeiterausschuss feststellt, daß die Bemühungen des Völkerbundes, eine Lösung des Kohlenproblems zu finden, bisher zu keinem genügenden Ergebnis geführt hätte. Angesichts der weiteren Verschärfung der Lage verlange die Bergarbeiterinternationale von neuem, daß der Völkerbund mit allem Nachdruck seine Arbeit wieder aufnimmt, um die Wege für Überwindung der Kohlenkrise zu ebnen.

Danziger Volkstag.

Danzig, 10. Dez. Der neue Danziger Volkstag trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Ersten Präsidenten wurde der Abg. Wehl (Soz.) mit 34 von 63 abgegebenen Stimmen, zum Ersten Vizepräsidenten von Wnud (Nat.-Soz.) mit 44 von 69 Stimmen und zum Zweiten Vizepräsidenten der Abgeordnete Gailowiski (Zentr.) mit 56 von 66 abgegebenen Stimmen gewählt.

Der Völkerbundrat untersucht die belgische Rebellenkatastrophe.

Brüssel, 10. Dez. Bei der belgischen Regierung ist eine Auf-forderung der Hygieneabteilung des Völkerbundssekretariats eingegangen, ihr sobald wie möglich einen genauen Bericht über das Unglück, das die Bevölkerung des Moas-Tales getroffen hat, zu-gehen zu lassen.

Scheitern der Verhandlungen im Völk-Konflikt.

Berlin, 10. Dez. Die Verhandlungen vor dem Schlichter über Beilegung des Lohnkonfliktes bei der Meierel Wölfe sind gescheitert. Der Schlichter wird nunmehr selber die Entscheidung über den von der Meierel Wölfe gestellten Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des einen Lohnabbau vorschenden Schieds-spruches fällen.

Frenzel soll gegen 10 000 Mark Kaution befreit werden.

Berlin, 10. Dez. Das Kammergericht hat die Frage geprüft, ob die vom Potsdamer Gericht gegen den früheren Amtsvor-sterher Frenzel angeordnete Haft wegen Fluchtgefahr aufrecht zu erhalten sei. Der IV. Senat entschied, daß Frenzel gegen eine Sicherheitsleistung von 10 000 Mark auf freien Fuß zu setzen sei. Da die ursprünglich gestellte Kaution in Höhe von 6 000 Mark noch vorhanden ist, handelt es sich für Frenzel nur darum, noch 4000 Mark aufzubringen.

Rebel über Norddeutschland.

Berlin, 10. Dez. Ueber ganz Norddeutschland lag dichter Nebel, der nicht nur in Berlin, sondern besonders stark an der Küste den Verkehr erheblich behindert hat. Der Flugverkehr in Norden des Reiches lag vollkommen still, während die Reichs-bahn, wenn auch mit Verspätungen, den Fernverkehr abwickeln konnte. Dagegen traten auf allen Bahnhöfen erhebliche Verzö-gerungen im Rangierbetrieb ein, und viele Güterzüge konnten nur mit mehr stündigen Verspätungen zusammengeführt und abgefertigt werden. Nach den vorliegenden Nachrichten ist auch die Schifffahrt besonders an der Küste, aber auch im Binnen-lande sehr stark behindert worden. Auch über dem Rhein lag dichter Nebel.

Eröffnung des polnischen Sejms.

Warschau, 10. Dez. Der polnische Sejm wurde eröffnet. Ministerpräsident Slawek verlas die Eröffnungsbotschaft des Staatspräsidenten. Den Vorsitz übernahm der Alterspräsident Andreas Lubomirski. Während der Vereidigung der Abgeord-neten versuchte die kommunistische Gruppe eine Kundgebung zu veranstalten, worauf die kommunistischen Abgeordneten durch die Sejmwache aus dem Saal entfernt wurden. Die weitere Sitzung verlief ruhig.

Schweres Flugzeugunglück in Shanghai.

Shanghai, 10. Dez. Ein schweres Flugzeugunglück hat sich in Shanghai ereignet. Das täglich von hier nach Hankau ab-gehende Postflugzeug, das außer zwei Piloten fünf Passagiere mit sich führte, stürzte aus beträchtlicher Höhe ab und fiel in-mitten einer Flotte chinesischer Schunken in den Wangu-Huß. Von den Insassen wurden drei getötet und die übrigen schwer verletzt.

Handelsteil.

Frankfurter Börsenbericht.

Frankfurt a. M., 9. Dezember

Tendenz: etwas freundlicher. Nach einem geschäftlosen, aber eher etwas freundlicheren Vorbörsenverkehr eröffnete auch die offizielle Börse in beruhigter Haltung. Das Geschäft bewegte sich jedoch in den engen Grenzen, da die schwache gestrige New Yorker Börse zur Zurückhaltung mahnte. Kaufordere lagen nur in ganz geringem Maße vor, so daß zu den ersten Notierungen kaum Schüsse zustande kamen. Gegenüber der gestrigen Abendbörse ergaben sich jedoch meist kleine Verbesserungen.

Am Anleihemarkt neigten Neubefehlsanleihe zur Schwäche. Von fremden Werten lagen Tärten weiter schwächer.

Auch nach den ersten Kursen und im weiteren Verlaufe hielt die Geschäftslage an, doch war die Stimmung nicht unfeindlich und die Kurse zumeist gut behauptet. Für Reichsbank erhielt sich weiterer Interesse bei einem erneuten Kursgewinn von 2 Prozent. Die Spekulation übte im Hinblick auf die bevorstehenden Abstimmungen im Reichstag stärkste Zurückhaltung. Am Pfandbriefmarkt war das Ge-schäft still. Pfandbrieftendenz war teilweise etwas höher.

Am Geldmarkt war die Lage ziemlich ausgeglichen. Der Satz blieb unverändert 4 1/2 Prozent.

Frankfurter Devisen.

Amtliche Frankfurter Notierungen vom 9. Dez. 1930.

London	20.341	Paris	16.442
Amsterdam	168.630	Schweiz	81.140
Stockholm	112.390	Spanien	46.950
New York	4.1880	Prag	12.415
Brüssel	58.410	Wien	58.900
Italien	21.950	Budapest	73.200

Die Notierungen verstehen sich in Goldmark für eine Einheit.

Tendenz behauptet

— Berliner Produktmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg. in Rmk.: Weizen, märk. 24.60—24.70, Roggen, märk. 15.50—15.60, Weizen, ostpreuss. 24.20—24.30, Roggen, ostpreuss. 15.20—15.30, Hafer, märk. 13.90—14.40, Weizenmehl 29—36.75, Roggenmehl 23.75 bis 26.85, Weizenkleie 10.15—10.40, Roggenkleie 9—9.50, Vitoriaerbsen 24—31, kleine Erbsen 23—25, Futtererbsen 19—21, Weizenflocken 20 bis 21, Weizenkörner 17—18, Weizen 18—21, Rapssamen 9.30 bis 12, Weizenflocken 15.20—15.50, Trockenstängel 5.50—5.90, Sojabohnen 13.60—13.90.

— Rohstoffmarkt: braungepr. Roggenstroh 0.70—0.80, do. Weizenstroh 0.60—0.70, gebund. Roggenlangstroh 0.80—1.00, bindfaden-gepr. Roggenstroh 0.75—0.85, do. Weizenstroh 0.65—0.75, Stroh 1.50—1.60, handelsübli. Heu gef. trocken 1.30—1.70, gutes Heu, 1. Schnitt 1.80—2.30, Thymol, lose 2.85—3.15, Pfeffer, lose, 2. Schnitt 2.60—3.00, Pfeffer, lose (Barthe) 1.60—1.80, do. lose (Sabel) 1.20—1.50, braungepr. Heu 40 Pfg. über Notiz.

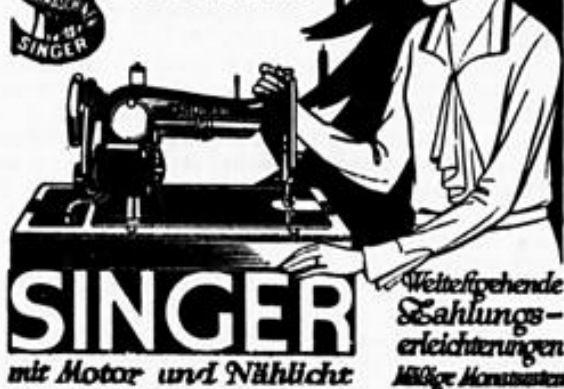
Statt Karten

ing. chem.
Martha Windt
Theoder Rosenthal
Verlobte

Saar-Prag

Bad Homburg v. d. H.

Das nützlichste
Weihnachts-
Geschenk



SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESellschaft
Bad Homburg, Luitensstraße 91—93

Weihnachts=Bitte!

In diesem Winter übergroßer Not wendet sich die
Arbeiter=Vohlfahrt

hiermit wieder an die Bürgerschaft mit der großen Bitte, sie bei ihrem Liebeswerk durch Gaben und Geldspenden unterstützen zu wollen. Es gilt, den bedürftigen Arbeitslosen, den Kindern der Erwerbslosen, überhaupt allen, bei denen die Not an die Türen pocht, eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Die Weihnachts=Bescherung findet am Samstag, dem 20. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Jugendherberge statt.

Arbeiter=Vohlfahrt.

Preisabbau

bei

Thams & Garfs

Margarine

Thamsana 95

butterfein Wfd. jezt

Landhaus 82

Tafelmarg. Wfd. jezt

Aprikosen

getr. Kalif. Wfd. 78

1930 er nur

Apfelsinen

süß u. saftig 3 Pfd. 1 Mk.

Hamburger Kaffeelager

Theodor Co. alsy

Niederlage

Thams & Garfs

Luitensstraße 61 1/2

gegenüber dem Kurhaus.

Reks- und
Lebkuchenbruch
täglich frisch
Arrabin's
Zwiebackfabrik,
Ellisabethstraße 37.

Unreines
Gesicht
Pickel, Mitesser werden unter
Garantie durch
VENUS (Stärke A) befe-
tigt. Preis M. 2.75
Gegen

Sommersprossen
(Stärke B) Preis M. 2.75
Kurhaus-Drogerie C. Arh.

An- u. Abmeldescheine

vorläufig im Verlag der

Homburger Neuesten Nachrichten.

Drucksachen
aller Art

liefern prompt
und sauber

die
Homburger

Neueste Nachrichten

Lebkuchenbruch

Homburger Lebkuchensfabrik

Vilte & Co.

Luitensstr. 16 Hinterhaus

Zum Flechten von Rohrstützen
sowie Anfertigen und Repara-
turen von Körben und Korb-
möbeln aller Art empfiehlt sich
Karl Arnold
Kortmacher, Brendelsstr. 49
Sachen werden abgeholt, Post-
karte genügt.

Anodenbatterien

stets frisch am Lager:
80 Volt 4.80 Mk.
90 Volt 7.20 Mk.
100 Volt 8.00 Mk.
120 Volt 9.60 Mk.
150 Volt 12.00 Mk.

Otto Krag

Elektro u. Radiotechn. Gesch.
Bad Homburg Luitensstr. 90.
Telefon 2104.

Für Kinder- und Wochenbettspflege

Gummi-Unterlagen, Windelhofen
Seife, Windeln, Bade- u. Fle-
berthermometer, Sanger, Milch-
flaschen u. s. w.
Babywagen (auch z. verleih.)



Sanitätshaus C. Ott G.m.b.H.

Konkursversteigerung

Zur gef. Auftrage des Herrn Rechtskonsulenten Ludwig
hier selbst, versteigere ich am 11. ds. Mts. zu Bad Hom-
burg v. d. H., in dem Anwesen Castilofstraße 4-8, nach-
benannte Gegenstände:

Verschiedene Möbel wie: 1 Büffet, Vitrine, Kleider-
schränke, komplette Betten, Sofa mit Umbau, Tische,
Stühle, 1 Bücherregal, 1 Waschtisch, Spiegel, Bilder,
1 Klavier, 1 Teppich und a. m. Beginn der Verstei-
gerung vormittags 9 Uhr. Anschließend werden um 2
Uhr nachmittags versteigert: Ein größerer Posten
Eichen-, Buchen-, Tannen- und andere Kuchbölder, a. T.
angeschnitten und gut abgelagert. 1 Schreibmaschine
u. s. w., 1 Kassenstempel, verschiedene Büromöbel, Gar-
tenmöbel, 1 Gabelwerk, 1 Schlitten, 1 Landauer, 1 Wie-
senhofel, 1 Krupier, 3 Pflüge, 2 Eggen, 1 Walze, 1
Hackelmaschine, 1 Schrotmühle, verschiedene Pferdege-
schirre, 6 schwere Wagen, 2 zweifelhafte Langholzswagen,
etwa 25 Ctr. Heu, 40 Ctr. Stroh, 1 Feldschmiede mit
Zubehör, 1 Ambos, Schraubstock, verschiedene Werkzeuge
und vieles ungenannte.

Bad Homburg v. d. H., den 8. Dezember 1930
Bpp, Rechtsvollzieher fr. H.
Castilofstraße 17 Telefon 2882.

Große Auswahl in

Haar- u. Velour-
Damen-Hüten

PH. MÖCKEL, Haarhutfabrik

Magazin: Dorotheenstraße 8
Der Verkaufsraum ist auch Sams-
tags bis 6 Uhr nachm. geöffnet.

Nur feinste Qualitäten Neueste Modelle.

Schreibmaschine „Orga-Privat“

mit Universal-Tastatur und Metallschuttkasten, wenig ge-
braucht, sehr gut erhalten, für nur 150.— Rmk. zu ver-
kaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Sport-Nachrichten.

Fußball.

Die Kreisliga der Gruppe Main

Nordmainkreis: HSV. Bergen—Viktoria Altdorf 4:2; Germania 94 Hfm.—VfL Sachfenhausen 7:1; FC. Oberursel—FC. 1924 Frankfurt 0:1; SV. 05 Bad Homburg—VfB. Friedberg; Viktoria Edenheim—Olympia Hfm. 2:1; SV. Hedderheim—Germania Entheim 4:0.

Westmainkreis: Spvg. Giesheim—FC. Mammolshausen 3:2; VfL. Eintracht—Sportfreunde Hfm. 3:1; Germ. Schwanheim—Germ. Orlisfel 1:1; SV. Kistel—FC. Niddelheim 02 2:2; Merkur Frankfurt—Almannia Nied 0:0; VfL. Kistelbach—SV. 09 Hofheim 4:0.

Ostmainkreis: SV. Stollstadt—VSC. Schweinheim 1:2; Viktoria Kahl—VfL. Erlenbach 3:2; SV. Zellhausen—FC. Hösbach 5:0; VfL. Kalschhausen—SV. Damm 2:0; Frankonia Rechenbach gegen Seligenstadt 1:0.

Südmainkreis: Blauweiß Bürgel—FC. Heusenstamm 1:0; SV. Offenbach—Germania Oberroden 2:2; Kider Oberhausen—VSC. Oberrod 5:0; Teutonia Hausen—VfB. Offenbach 1:00 2:1; SV. 05 Oberrod—Kider Viktoria Mühlheim 6:0; Alem. Klein-Auheim—VfL. Kumpfenheim 3:1.

Mittelmainkreis: Spvg. Hilsa—Germania Niederrodenbach 3:1; Spvg. Langenscheidt—FC. Mittelbach 4:1; Spvg. Neufel—SV. Klein-Steinheim 4:3; Rewa Wachenbuchen—VfL. Wroß-Auheim 2:2; Spvg. Hanau 60/94—SV. Somborn 7:3; Germ. Ottenberg—FC. Gelnhausen 1:1.

Handbau.

Süddeutsche Verbandsspiele:

Main-Hessen, A: Vol. Darmstadt—SV. 98 Darmstadt 1:5; Rot-Weiß Frankfurt—TSV. Langen 1:1; VfR. Schwanheim—FC. Frankfurt 3:2.

Main-Hessen, B: HSV. Mainz—Normalla Worms 7:0; Post Wiesbaden—Vol. Wiesbaden 2:2; Polizei Worms—Fasch Wiesbaden 4:0.

Hein: SV. Waldhof—Mannheim 07 3:1; Ludwigsbafen 03 gegen FV. Frankfurt 6:1; MTV. Mannheim—Mannheim 08 0:6; VfL. Ludwigsbafen—VfR. Mannheim 7:3; Phönix Mannheim—Polizei Mannheim 1:3.

Saar, Abteilung 1: VfL. Jülichbrücken—Phön. Kaiserslautern 4:6.

Saar, Abt. 2: FV. Saarbrücken—SSV. Saarlouis 6:8; Spvg. Loup—Saarlouis/Hoben 2:4.

Württemberg: VfL. Stuttgart—SC. Stuttgart 5:2; Spvg. Tübingen—SV. Reutlingen 11:3.

Südbayern: DSV. München—1860 München 2:2; Post München—SSV. Ulm 5:3; Ulmer FV. 94—Jahn München 3:2.

Hockey.

Silberstädter-Juwelrunde.

In Frankfurt am Main: Süddeutschland—Westdeutschland 1:2 (1:0).

Privatspiele:

SC. Frankfurt 80 II.—FC. Hfm. 1 2:4; SC. Frankfurt 80—TV. 46 Mannheim 4:1; Ulm 94—SC. Stuttgart 1:5; SSV. Ulm—VSC. Stuttgart 11 0:0; TV. 46 Mannheim—FC. Kreuznach 0:1; TV. 57 Sachfenhausen—Kider Stuttgart 3:1; Eintracht Frankfurt—Turnerb. Bruchsal 0:2; MFC. München—Wader München 2:2.

Rugby.

Verbandsspiele:

Mainkreis: Viktoria Kalschhausen—Offenbacher RB. 1874 0:9.

Kedarkreis: RB. Heidelberg—SC. Neuenheim 3:5.

Privatspiele: Oxford Greyhounds—SC. Frankfurt 1880 (Samstag) 22:9.

Kadrennen.

Preuß.-Registrieren in Breslau

Als Vorprüfung für das traditionelle 25-Stundenrennen an den Weihnachtstagen veranstaltete die Breslauer Jahrhunderthalle ein 1000-Runden-Mannschaftsfahren, das mit dem vielbesetzten Sieger der jungen einheimischen Mannschaft Preuß.-Registrieren endete. Im Laufe des Rennens gab es einige schwere Stürze, die das Auscheiden mehrerer Teilnehmer zur Folge hatten. So sah das Feld

schließlich auf neun Paare zusammenschrumpfen. In der ersten Stunde wurde lediglich scharf Tempo gehalten und 44,640 Km. zurückgelegt. Befehle wurde es erst nach 1 1/2 Stunden, wo es die ersten Runden gab. Bereits hier fielen die von dem Kölner Sechstagerrennen noch ermüdeten Regier-Krochel zurück, während Preuß.-Registrieren von Beginn an das Feld beherrschten. Nach einer ruhigen dritten Stunde setzten dann die Endläufe ein. In diesen waren Preuß.-Registrieren tonangebend und beendeten das Rennen auch siegreich vor den Holländern Van der Heyden-Braspenning und Luot-Mouton. Das Ergebnis war: 1. Preuß.-Registrieren 78 Punkte, 4:06:05 Stunden. 2. Van der Heyden-Braspenning 64 Punkte; 3. Luot-Mouton 38 Punkte; 4. Dinale-Clpel 25 Punkte; eine Runde zurück 5. Regier-Krochel 42 Punkte; 6. Thierbach-Elegel 40 Punkte; zwei Runden zurück 7. Peter-Miethe 16 Punkte; drei Runden zurück 8. Hoffmann-Stupinski 12 Punkte; vier Runden zurück 9. Ratthour-Gorder 19 Punkte.

Abschluß der New Yorker „six days“.

Giorgetti-Broccardo siegen vor Charlier-Deneef.

Am Samstagabend fand das wieder gut besuchte New Yorker Sechstagerrennen seinen Abschluß. Sieger wurde das Paar Giorgetti-Broccardo, das trotz aller Angriffe die Spitze behalten konnte. Der Dortmunder Franz Dülberg fuhr den letzten Teil des Rennens mit seinem dritten Partner Debaets, nachdem Vusdenbogen und Winter infolge Verletzungen zur Aufgabe gezwungen waren. In 145 Stunden waren 3646,775 Km. zurückgelegt und das Endergebnis folgendes: 1. Giorgetti-Broccardo 274 P.; 1 Runde zurück; 2. Charlier-Deneef 1265 P.; 2 Runden zurück; 3. Vinari-Vinda 673 P.; 4. Velloni-Nichli; 3 Runden zurück; 5. Peden-Trochleu; 4 Runden zurück; 6. Dülberg-Debaets; 7 Runden zurück; 7. Letourneux-Waller; 13 Runden zurück; 8. MacNamara-Verdman.

Sportneuigkeiten in Kürze.

Der Fußball-Länderspiel Frankreich—Belgien in Paris endete mit einem Unentschieden von 2:2 (1:1).

Der Deutsche Fußballmeister Hertha/BSC. bezog bei den Berliner Verbandsspielen am Sonntag durch den Abstiegskandidaten Norden-Nordwest eine sensationelle 0:7 (0:3) Niederlage.

Das norddeutsche Fußball Derby zwischen Holstein Kiel und Hamburger Sportverein endete in Kiel mit einem 3:1-Siege der Hamburger Rotblauen.

Der 1. FC. Nürnberg wurde in seinem letzten Verbandsspiel auf eigenem Platz von der Spvg. Fürth vor zehntausend Zuschauern mit 1:2 (Halbzeit 1:2) Treffern geschlagen.

Im Hallen-Tennislkampf der Bezirke Baden und Rheinland gab es in Mannheim ein Unentschieden von 3:3 Punkten und 7:7 Sätzen. Fr. Kugelm schlug Frau Friedleben in einem „Rahmenkampf“ 6:2, 6:4.

In der Frankfurter Festhalle gewann Adolf Schön-Wiesbaden ein Omnium gegen Buse-Berlin und Beduca-Paris. Im 75-Kilometer-Mannschaftsfahren siegte die Mannschaft Hütgen-Schön mit Rundenvorsprung vor einem starken Feld.

Weltmeister Erich Möller brachte in der Stuttgarter Stadthalle ein 70-Kilometer-Stechrennen vor Deberichs-Köln, Grasslin-Paris und Emilie Thollembeck-Brüssel an sich.

In Toulouse besiegte der Stuttgarter Hockey-Club den dortigen SC. mit nicht weniger als 14:2 (Halbzeit 8:1) Treffern.

Die Eishockeymannschaft des Berliner Schlittschuhclubs schlug am Samstagabend im Berliner Sportpalast die englische Auswahlmannschaft mit 4:2 (0:1, 3:1, 1:0) Treffern.

Im Hallentennislkampf Berlin—Hamburg siegten die Hamburger Klippers dank der guten Leistungen von Dr. Dessart und Grenz über Blau-Weiß Berlin mit 7:2 Punkten.

Der Geschäftsführer der D.L. Franz Breithaupt vollendete am Montag sein 50. Lebensjahr.

Deutsche Hochschule-Skimeisterschaften werden am 17. und 18. Januar in Pötenkirchen ausgetragen.

Auffehen erregende Veröffentlichungen.

Die Behandlung der politischen Gefangenen von Breß-Litowsk.

Die Sonntagsnummer des „Robotnik“ enthält einen aufsehenerregenden Aufsatz des sozialistischen Senators und Schriftstellers Andreas Strug über die Behandlung der politischen Oppositionsführer im Militärgefängnis in Breß-Litowsk. In dem Aufsatz heißt es u. a.: Die Gefangenen wurden sämtlich zwei Monate lang einer systematischen Hungerkur unterworfen. Erst am 9. November bekamen sie die normale Soldatenkost. Fast alle wurden gemartert und geschlagen. Die meisten erlebten den Schrecken einer Hinrichtungsnacht. Sie wurden nackt ausgezogen und mit dem Gesicht zur Wand gestellt, um den Tod zu erwarten. Dann fiel plötzlich ein Schuß und eine Revolverkugel schlug neben ihrem Kopf in die Wand ein. Alle Gefangenen lebten in steter und tiefer Erniedrigung.

Als Schuldige bezeichnete Senator Strug die verschiedenen politischen Offiziere, die im Breßer Militärgefängnis den Verschleppendienst ausübten. Das Schicksal der Gefangenen liege aber in erster Linie in den Händen des Justizministers, des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters. Senator Strug verlangt strengste Bestrafung aller Schuldigen. Der „Robotnik“ ist wegen Veröffentlichung dieses Aufsatzes sofort beschlagnahmt worden.

Aus aller Welt.

□ Schweres Autounglück im Sachsenwald. Auf der Chaussee Bergedorf-Schwarzenbek, unweit Dassenhof, stieß ein Hamburger Personkraftwagen mit einem Omnibus zusammen. Eine im Personkraftwagen mitfahrende ältere Dame wurde sofort getötet, während ihr Mann einen Schädelbruch davontrug und eine weitere Insassin schwer verletzt wurde. Der Chauffeur des Wagens kam mit dem Schrecken davon. Der Omnibus wurde nur leicht beschädigt. Von seinen Insassen ist niemand verletzt. Verursacht wurde das Unglück durch den leichten Schneefall, durch den sich auf der nach den Seiten etwas abschüssigen Straße Glatteis gebildet hatte.

□ Eine Untersuchungskommission zur Untersuchung der Ursache des Massensterbens in der Gegend von Bättich. Zur Untersuchung der Ursache des Massensterbens in der Gegend von Bättich ist auf Anordnung der Königin ein Ausschuss von Professoren der Universitäten in Brüssel und Bättich gebildet worden. Der Ausschuss soll versuchen, die Faktoren festzustellen, die die tödliche Wirkung des Rebels hervorgerufen haben.

□ Drohender Kampf in der englischen Baumwollindustrie. „Daily Mail“ berichtet über Streikbedrohungen in der Baumwollindustrie. Der Zentralausschuss des Weberverbandes, der mehr als 150 000 Arbeiter in der Baumwollindustrie von Lancashire vertritt, hält eine Sitzung ab, um den Beschluß der Arbeitgeber, das Mehr-Weistühle pro Weber-Schleim nach dem 5. Januar 1931 in Kraft treten zu lassen, zu erwägen. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Weber in irgendwelchen Bezirken es annehmen werden, und es besteht die Möglichkeit einer ArbeitsEinstellung, die vielleicht eine halbe Million Arbeiter umfassen wird.

□ Schiffskatastrophe in China? Wie Havas aus Schanghai berichtet, ist — chinesischen Meldungen zufolge, die jedoch noch keine Bestätigung gefunden haben — ein zwischen Hantau und Tschangtscha verkehrender Dampfer am 2. Dezember bei Sinti gesunken. 300 Personen sollen ertrunken sein.

□ Festnahme entprungener Geisteskranker. Nach einem Kampf gelang es den Detektiven und der Polizei, in Brooklyn vier der sieben gemeingefährlichen Geisteskranken habhaft zu werden, die vor einigen Tagen aus einer Strafanstalt in New Jersey entwischt waren. Unter ihnen befand sich der Mann, der als der „wahnsinnige Mörder“ bekannt ist. Die Geheimpolizisten spürten den Flüchtlingen bis nach einer Zweimercerwohnung nach, vor der sie warteten, bis die vier Männer eintrafen. Dann stürmten sie die Wohnung. Neben den vier Geisteskranken, die Revolver mit sich führten und geschlagen werden mußten, bis sie sich ergaben, fand die Polizei eine vollkommene Ausrüstung von Einbrecherwerkzeug.

5 7 Uhr abends

Februar

Roman von Paul Glemos

Copyright by Martin Pauchtwanger, Halle (Saale)

136

Diese Bemerkung wäre geeignet gewesen, die Geschwister Lammoni für Doktor Carsten umzustimmen; denn diese Bemerkung deutete darauf hin, daß er einen Dritten im Verbaht hatte, den Brief in die Wohnung eingeschmuggelt zu haben. Aber es schien Doktor Carsten gar nicht darauf anzukommen, sich die Sympathie der Lammonis zu erobern.

Denn unvermittelt stellte er ein Verlangen, das sonst nur in der datschlostopischen Abteilung der Kriminalpolizei an die Verbrecher gestellt wird. Er erklärte:

„Bevor ich weggehe, brauche ich noch Ihre Fingerabdrücke.“

Und als Lammont in einem Gemisch von Entrüstung und Staunen fragte: „Was haben denn meine Fingerabdrücke in der Angelegenheit zu tun?“, erklärte Doktor Carsten stolz: „In jedem anständigen Kriminalfall müssen Fingerabdrücke eine Rolle spielen.“

Er zog ein gelbweißes, anscheinend fettgetränktes oder sonstwie präpariertes Papier aus seiner Tasche und lud Regierungsrat Lammont ein, seine Rechte und seine Linke auf dem Papier abzubilden.

Als Lammont fertig war, wandte Doktor Carsten sich an Hede Lammont:

„Auch Ihre Fingerabdrücke, bitte. Es gibt nichts Schöneres, als den Abdruck eines schlanken, geschmeidigen Frauensingers.“

Hede Lammont widersetzte sich nicht, aber sie dachte sich, um wieviel tastvoller und zartfühlender gestern Abend Seiden mit ihr umgesprungen war, als dieser unverfälschte Polizist.

Doktor Carsten verabschiedete sich. „Ich werde Sie vermutlich zwischen neun und zehn Uhr anrufen, Herr Regie-

rungrat. Wenn mein Kollege Gambichler die erwünschten Resultate beibringt, werde ich noch an diesem Vormittag den Täter verhaften. Es gibt dann auch für Sie eine Überraschung; ich würde Ihnen sehr empfehlen, heute den allerbesten Hut aufzusetzen.“

Seiden sah blaß und übernächtigt in seinem Arbeitszimmer, als sich Doktor Carsten bei ihm meldete.

„Es ist mir sehr lieb, daß Sie kommen, Herr Kommissar“, erklärte er. „Meinen Sie nicht auch, daß es sich empfiehlt, die Verhandlung gegen die Andersens so lange aufzuschieben, bis der Fall Reese geklärt ist?“

„Es wird genügen, denke ich, wenn Sie die Verhandlung gegen die Andersens auf heute nachmittag vertagen lassen“, erwiderte Doktor Carsten. „Bis dahin hoffe ich den Fall Reese geklärt zu haben.“

„Sind Sie zu mir gekommen, um mich in der Angelegenheit Reese zu sprechen?“ fragte Seiden.

Doktor Carsten bestätigte das.

„Dann tut es mir leid, daß ich Sie an meinen Kollegen Ebilger verweisen muß. Ich selbst werde den Fall Reese nicht weiterbehandeln.“

„So?“ fragte Doktor Carsten gedehnt. „Darf ich fragen, warum?“

Seiden wick dem Bild der klaren Augen Carstens aus.

„Ich fühle mich in der Angelegenheit Reese besangen“, sagte er zögernd.

Doktor Carsten dachte sich: „Aha. Auch Staatsanwälte sind nicht aus dem männlichen Geschlecht ausgegrenzt.“

Aber er unterdrückte aus Ehrerbietung diese Bosheit und fragte kurz: „Warum?“

„Ich bin nicht der Geeignete, die Sache Reese weiter zu bearbeiten“, gestand Seiden. „Ich bin durch die Verhandlung des Falles Andersens sozusagen präjudiziert. Ich habe mich in der Öffentlichkeit zu sehr auf die Unschuld Lammonis festgelegt.“

Wenn Sie die Sache Reese nicht als Staatsanwalt weiterbehandeln wollen, so kann ich auf Ihre Mitwirkung

als Zeuge nicht verzichten. Ich brauche Ihren Fingerabdruck, Herr Staatsanwalt.“

„Meinen Fingerabdruck? Sollten Sie mich für einen Verbrecher?“

„Glauben Sie, daß nur Verbrecher Fingerabdrücke hinterlassen“, entgegnete Doktor Carsten.

Seiden verstand ihn. „Ach so, Sie wollen vergleichen!“ Und er gab ihm den Fingerabdruck.

„Wollen Sie mir nicht wenigstens sagen, was Sie bis jetzt ermittelt haben?“

Doktor Carsten lächelte. „Wir wollen ein Geschäft miteinander machen. Sie erzählen mir den Inhalt der Unterhaltung, die Sie gestern mit Hede Lammont führten, und ich erzähle Ihnen, was ich weiß.“

Es war ein Geschäft, auf das Seiden nicht eingehen konnte. Er erinnerte sich daran, daß ihn Hede Lammont vertraulich gebelichtet hatte, welcher Art die Gefühle Lammonis für die Andersens waren, und er hatte kein Recht, wie er glaubte, das Geheimnis preiszugeben.

„Schade“, sagte Doktor Carsten. „Ich hätte das Geschäft gern mit Ihnen gemacht. Aber Geschäfte, bei denen ich darauf lege, schließe ich nicht ab. Merken Sie wohl, wenn Sie heute morgen Herrn Rechtsanwalt Jfenbeil sehen, sagen Sie ihm, daß er ein ekelhafter Kerl sei und daß er meine Ratschläge absolut falsch befolge. Ich erwarte ihn heute früh um zehn Uhr vor dem Theresiengefängnis.“

Wenn Sie sich nicht gar zu sehr befangen fühlen, können Sie auf Ihre Kosten, wenn Sie sich ihm anschließen.“

Trotz der durchwachten Nacht war Gambichler wohlgeantert denn je.

„Bruderherz“, erklärte er seinem Kollegen Doktor Carsten, „alles klappte wie am Schnürchen.“

„Also, was hast du in Erfahrung gebracht?“

„Eine ganze Menge. Also zunächst den Chauffeur. Es war kein Kunststück, ihn zu finden. Ich ging systematisch vor und habe eine Autovermietung nach der anderen angeklüngelt, und von der Firma Hornauer bekam ich den ersuchten Bescheid.“ (Fortsetzung folgt)

□ Die verschluckte Zahnbürste als Todesursache. Ein wohl einzig dastehender Fall von ganz besonderer Tragik, der zum Tode eines jungen Mannes führte, ereignete sich dieser Tage in Hanau. Der junge Mann verspürte vor etwa 14 Tagen ein Jucken im Halse, dem er mittels einer Zahnbürste beizukommen versuchte. Dabei blieb ihm die Bürste im Halse stecken, und als er nach Atem rang und einen Hilferuf ausstieß, rutschte ihm die Bürste die Speiseröhre hinab. Nach wenigen Tagen verspürte der Bedauernswerte heftige Schmerzen, die ihn zum Aufsuchen des Landkrankenhauses veranlaßten. Im Krankenhaus versuchte man zunächst den Fremdkörper auf natürlichem Wege zu entfernen. Als aber alle derartigen Versuche schlugen, entschloß man sich zur Operation, die der junge Mann aber nicht überlebte. Bei dem operativen Eingriff wurde die Bürste zwischen Magen und Zwölffingerdarm stecken vorgefunden.

□ Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen. Zum Oberbürgermeister von Ludwigshafen wurde in der Stadtratswahl Dr. Carius, gegenwärtig zweiter Bürgermeister in Pforzheim, mit 27 von 41 abgegebenen Stimmen gewählt. Dr. Carius ist aus Kaiserslautern gebürtig, studierte in München, Heidelberg und Erlangen und ließ sich nach Abschluß seiner juristischen Prüfungen 1919 in Erlangen als Rechtsanwalt nieder. 1920 trat er in den bayerischen Staatsdienst, wurde Regierungsdirektor in Speyer, später Bezirksamtsdirektor in Wirmanns. 1921 wurde Dr. Carius Rechtsrat in Zweibrücken, wo er besonders wirtschaftliche Bestreben bearbeitete. Während des passiven Widerstandes erfolgte seine Ausweisung aus dem besetzten Gebiet. Er war dann beim Reichsversicherungsamt in Mannheim tätig. Im Februar 1928 wurde er zum zweiten Bürgermeister von Pforzheim gewählt.

□ Festnahme einer ganzen Familie wegen doppelten Kindesmordes. In Zehden bei Laßau wurde ein 39 Jahre alter Zigarrenmacher, seine 43 Jahre alte Ehefrau, der 23 Jahre alte Bruder des ersten und die 21jährige Tochter der Eheleute festgenommen und ins Amtsgefängnis eingeliefert. Die Untersuchung förderte ein Sittenbild schlimmster Art zutage. Es kommt neben Blutschande aus Kindesmord in zwei Fällen in Betracht; der eine verübt im Jahre 1928 und der andere im November d. J. Im letzteren Falle wurde die Kindesleiche in der Abortgrube des von den Leuten bewohnten Anwesens gefunden.

□ Der größte Milchhof Europas. Einige hundert Meter vom Nürnberger Hauptbahnhof entfernt, an der Bahnstraße Nürnberg-Regensburg, liegt der neuerrichtete Milchhof der Bayerischen Milchversorgung. Umweit dem neuen Milchbahnhof in der Tullnau ist dieser neue Großbetrieb entstanden, dessen Pläne die Zustimmung der staatlichen Forschungsanstalten für Milchwirtschaft Weihenstephan und Kiel, sowie maßgebender Reichs- und Landesstellen gefunden haben. Ein einwandfreies hygienisches Werk wurde geschaffen mit allen Vorrichtungen zur rationellen Arbeit. Etwa 230 Personen sind gegenwärtig im Betrieb beschäftigt; ihre Zahl wird sich in kurzer Zeit durch Einparungen auf 160 reduzieren. Durchschnittlich werden in dem neuen Betrieb 140 000 Liter Milch umgeseigt, manchmal auch Mengen bis zu 200 000 Liter angeliefert. Verschiedenerlei Arten der verarbeiteten Milch verlassen den Betrieb, ferner Markenbutter und verschiedene Käsearten. Der Nürnberger Milchhof kann als eine Musteranstalt bezeichnet werden und dürfte der größte seiner Art in Europa sein. Auch in Regensburg hat die Bayerische Milchversorgung kürzlich einen musterhaften Neubau errichtet. Die Gesellschaft erhält daneben noch Betriebe in Rürth, Bamberg, Altdorf, Regensburg und Garmisch-Partenkirchen.

□ Brandgräber aus der Eiszeit. Bei Rodungsarbeiten in der Gemarkung Kuhnendel, wo schon früher Brandgräber aus der älteren Eiszeit (um 1000 v. Chr.) gefunden wurden, ist man neuerdings wieder auf Gräber gestoßen. Das Historische Museum hat in den letzten Tagen das Gräberfeld untersuchen lassen. Dabei wurden in einem Grabschuttl vier und in einem anderen drei Brandgräber freigelegt. Bei sechs Gräbern lagen die verbrannten Leichen in größeren Aschenurnen, die auch verschiedene kleinere Gefäße enthielten, in denen man Speise und Trank den Toten mitgegeben hatte. Ein Grab lag frei in der Erde und war mit mächtigen Steinen bedeckt. Um das Grab standen verschiedene Tongefäße. An Bronzebeigaben wurden ein Messer und verschiedene Nadeln festgestellt. Außerdem fand sich eine sogenannte Wohngrube vor, die Scherben der jüngeren Steinzeit (Spiral-Keramik) enthielt. Weiter wurde in der Wohngrube ein Steinbeil vorgefunden.

□ Richter Lindsey wegen Störung eines Gottesdienstes angeklagt. Der durch sein Buch über die Kameradschaftsbeziehung Richter Lindsey wird sich vor Gericht wegen Störung des Gottesdienstes in der anglikanischen St. Johns-Kathedrale in New York zu verantworten haben. Am Sonntag hatte der anglikanische Bischof von New York, Dr. Manning, in der Kathedrale im Laufe seiner Predigt scharfe Angriffe auf Lindsey gerichtet, und dieser hatte noch während des Gottesdienstes versucht, in einer Ansprache dagegen zu protestieren, war aber von den Anwesenden tätlich angegriffen und auf die Straße gedrängt worden. Der Anwalt Lindseys hat für die Verhandlung eine gerichtliche Vorladung des Bischofs veranlaßt. In Hannover (New Hampshire) haben 500 Studenten der Dartmouth-Universität einen Protest gegen die gewalttätige Entfernung Lindseys aus der Kathedrale unterzeichnet.

Die Ueberbrückung des Gran Canon.

Amerikas größtes Naturwunder — von Menschenhand bezwungen.

Dem Staate Colorado kommend, durchfließt der Colorado River das Colorado-Plateau, das im Staate Arizona liegt, von Ost nach West, um dann an der Westgrenze des Plateaus scharf nach Süden abzulenken und diese Richtung bis zu seiner Einmündung in den Golf von Kalifornien beizubehalten. Obwohl sich auch andere Flüsse Nordamerikas terrassenförmig in den Boden eingegraben haben, Canons bilden, ist der Gran Canon des Colorado von einer Grogartigkeit, die ihn zu einer der größten Lebenswunder der Welt macht. Die Ausmaße können ein ungefähres Bild davon geben: Der Gran Canon ist an seinem obersten Rand 31 Kilometer breit und hat einen Steilabfall von 17 500 Metern, während seine Länge 540 Kilometer beträgt. Saumpfade, die an beiden Seiten vom obersten Rand in

Serpentinen bis zu der untersten Terrassenstufe führen, erreichen, in der Luftlinie gemessen, eine Länge von 7200 Metern. Auf der ganzen Länge von 540 Kilometern gibt es nur eine einzige Straße, die von Norden nach Süden führt.

Schon zu Beginn des Jahrhunderts überquerten Menschen den Gran Canon, indem sie sich an einem Kabel, das dicht über der untersten Terrassenstufe von einer Seite der Schlucht zur anderen gespannt und dazu noch ständig in Schwingung war, von einer Seite auf die andere hinüberhangelten, ein Unternehmen, das Körperkraft und Schwindelfreiheit erforderte. Denn selbst auf dieser untersten Terrassenstufe beträgt die Breite der Schlucht immer noch 1750 Meter. Im Jahre 1920 wurde dann eine schwingende Hängebrücke über den Canon geführt; es war die erste Ueberbrückung dieses Abgrundes. Aber schon im Jahre 1927 wurde der Bau einer neuen Brücke notwendig.

Bei den Entwürfen für diesen Bau mußten ganz ungewöhnliche Faktoren berücksichtigt werden. So war eine der größten Schwierigkeiten die Lösung der Transportfrage für das Baumaterial. Es wurde ein Serpentinenspfad von 1250 Metern Länge angelegt und das Brückenbaumaterial mit Maultieren in dreieinhalb Monaten an Ort und Stelle geschafft. Von diesen Saumpfaden aber wurden der Entwurf des Brückenbauplanes und auch die Beschaffenheit des Materials beeinflusst; denn die Tiere konnten kein Stück Baumaterial tragen, das länger war als allerhöchstens 3,5 Meter. Die Hauptkabel, von denen jedes eine Tonne wiegt, wurden von 42 Mann, meist Indianern, auf der Schulter getragen.

Die Brücke ist 1750 Meter lang und 1,75 Meter breit. Schmäler durfte sie nicht sein, sonst könnte ein beladenes Tier sie nicht begeben; sie durfte aber auch nicht breiter werden, damit nicht ein Tier sich umdrehen und alles in Verwirrung bringen kann. Dabei mußte sie aber so stark, ihre Tragfähigkeit so groß sein, daß so viele Tiere, wie auf ihr Platz haben, sie gleichzeitig überschreiten können. Da eine Verwirrung unter den Tieren immer eintreten kann, muß sie auch einer wilden Flucht so vieler Tiere standhalten können. Weitere Bedingungen waren, daß sie nicht schwingt und auch nicht knarrt, damit die Tiere nicht unnötig in Angst geraten. Außerdem muß sie auch dem stärksten Winddruck standhalten können.

Zunächst wurden nun die Grundlagen geschaffen, die Verankerung der Hauptkabel und die Kabelstützen. Dazu waren Bohrungen nötig, die auf der einen Seite 140 Meter, auf der anderen 400 Meter tief waren. Dorthin wurden die Kabelverankerungen gebettet und mit Beton befestigt. Mit dem Aufhissen der Hauptkabel begann der eigentliche Brückenbau. An einem Kabel über der Schlucht schwebend, auf schwingenden Seilen, mahen ein Ingenieur und ein Arbeiter die Hauptkabel und markierten die Stellen, an denen die Querbalken angebracht werden sollten. Jeder dieser Querbalken bestand aus einem Grund- und zwei vertikalen Balken; sie wurden auf die alte Brücke gerollt und mit Hängekabeln an den Punkten befestigt, die ihrer Lage auf der neuen Brücke entsprachen. Der ganze Komplex der Querbalken wurde dann mittels Flaschenzuges hochgehoben, in die richtige Lage gebracht und befestigt. Die schweren Grundbalken wurden mit dem erwähnten Sondertable auf die Brücke befördert; sie waren wohl die Teile der neuen Brücke, deren Anbringung am schwierigsten war.

Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, trotz allen Gefahren, mit denen die Natur des Unternehmens bedrohte, ging weder ein Menschenleben, noch ein einziges Tier, nicht einmal das geringste Stück an Material verloren.



Die Änderungen in der Krankenversicherung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 ändert in einigen Punkten die Krankenversicherung vom 26. Juli 1930. Soweit sich diese Änderungen auf die Krankenversicherung beziehen, ist bestimmt, daß bei einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit von mehr als zehn Tagen die Arznei- und Heilmittelgebühr entfällt. Außerdem braucht diese Arzneimittelgebühr sowie die vielumstrittene Krankenscheingebühr in Zukunft von be-

stimmten Personengruppen nicht mehr getragen zu werden. Von der Verpflichtung, diese Beiträge zu entrichten, sind die Arbeitslosen, die Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung erhalten, befreit. Ebenso Invalidentrentner und Ruhegeldempfänger der Angestelltenversicherung sowie Unfallrentner und Schwerverletzte bzw. Schwerkrankenbeschädigte nach der Reichsversicherung. Gleichfalls sind von der Krankenscheingebühr Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten befreit, die von ihrer Beratungsstelle eine Bescheinigung über die Bedürftigkeit beibringen. Darüber hinaus kann in dringenden Fällen der Krankenschein nachher geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder wenn wegen der mit der Abholung des Scheines verbundenen Umstände der Arzt nicht mehr rechtzeitig helfen könnte.

Von den sonstigen Änderungen der Juli-Notverordnung ist die zwingende Vorschrift erwähnenswert, daß für Versicherte, die bei Weiterzahlung von Lohn oder Gehalt kein Krankengeld beziehen, der Beitrag entsprechend zu kürzen ist. Außerdem kann in diesen Fällen nach Wegfall des Arbeitsentgelts das Krankengeld auf 80 v. H. des Grundlohnes erhöht werden. Das Hausgeld in Fällen von Krankenhausbehandlung kann ebenfalls durch Satzungsbestimmung der Krankenkassen auf zwei Drittel (bisher die Hälfte) des Krankengeldes festgesetzt werden. Das Recht der Erbschaften, Mehrleistungen zu gewähren wird insofern wesentlich eingeengt, als für die Erbschaften in Zukunft, was den Beginn des Krankheitsfalls und seine Höhe anbelangt, die für die reichsgesetzlichen Krankenkassen geltenden Vorschriften maßgebend sind.

Erfreulicherweise beseitigt die neue Notverordnung einen im Laufe der letzten Monate immer unhaltbarer gewordenen Zustand für diejenigen, die bisher im Krankheitsfalle Gehalt oder Lohn weiterbezogen. Durch entsprechende Änderungen im Handelsgesetzbuch, der Gewerbeordnung und dem Bürgerlichen Gesetzbuch wird bestimmt, daß der Anspruch auf Weiterzahlung von Gehalt in Krankheitsfällen nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden kann. Da die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen in dieser Beziehung unzureichend waren und die Rechtsprechung eine solche Abdingung gestattete, war eines der wichtigsten Ziele der Notverordnung vom Juli d. J., den Krankenkassen Ersparnisse zu bringen, gefährdet. Die letzte Neuregelung schafft in dieser Beziehung klare Verhältnisse.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung sind nur wenige Bestimmungen geändert worden. Das Alter für Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, wenn ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltungsanspruch zusteht, wurde von 17 auf 18 Jahre herabgesetzt. Der Berechnungszeitraum für die Berechnung der Unterhaltungsansprüche ist ein wenig gemildert worden. Während bisher Arbeitslose der Klassen VII—XI die Unterstützung ihrer Klasse nur erhielten, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hatten, ist nun eine Verkürzung auf 24 Monate festgelegt worden. Für den Beitrag von 6 1/2 v. H. des Grundlohnes wird bestimmt, daß er bis auf weiteres in Kraft bleibt und die Reichsregierung ermächtigt ist, ihn in dem Ausmaß herabzusetzen, das die Finanzlage der Reichsanstalt gestattet.

Welt und Wissen.

Die Wohlfahrtsdienstleistungen in den kleineren und mittleren Städten.

Nach den Zählungen des Reichsstatistikbundes wurden am 31. Oktober in 1180 Städten mit ca. 7,8 Millionen Einwohnern 89 218 oder 11,5 auf 1000 Einwohner als Wohlfahrtsdienstleistungen laufend bar in offener Fürsorge unterstützt und 6874 Fürsorgearbeiter oder 0,9 auf 1000 Einwohner beschäftigt. Insgesamt waren also Ende Oktober 96 092 Wohlfahrtsdienstleistungen und Fürsorgearbeiter oder 12,4 auf 1000 Einwohner vorhanden. Die Steigerung betrug gegenüber September 0,7 v. H., prozentual 1,1 auf 1000 Einwohner. Diese Steigerung trat ein, obwohl zahlreiche Städte in Ostdeutschland und der Provinz Sachsen der in der Zuckerrübenfabrikation Arbeit finden konnten. Für Ende Oktober meldeten 1188 Städte bis zu 25 000 Einwohnern mit rund 6,9 Millionen Einwohnern 73 510 laufend in offener Fürsorge unterstützte Wohlfahrtsdienstleistungen oder 10,7 auf 1000 Einwohner und 5410 Fürsorgearbeiter oder 0,8 auf 1000 Einwohner. Insgesamt wurden in diesen Städten also Ende Oktober 78 920 oder 11,5 auf 1000 Einwohner als Wohlfahrtsdienstleistungen unterstützt. Die Steigerung gegenüber September betrug 0,5 v. H.

Ein Schmutzstint unter den Vögeln.

Der Wiedehopf steht in dem Ruf, ein rechter Schmutzstint zu sein. Und in der Tat; seine Kinderstube spottet allen Regeln moderner Gesundheitspflege. Sie befindet sich zum Beispiel in hohen Bäumen. Die Nahrung der Jungen besteht vorwiegend aus den Insekten, die in tierischem Dünger leben. Das riecht schon nicht gut. Dann aber; wie sollten die Eltern wohl mit ihren langen und dünnen Schnäbeln den Unrat ihrer Kleinen entfernen, und W. G. befehlen sie nicht. Da läßt sich denken, wie es in diesen Kinderstuben aussieht oder wieviel riecht. Nun, der Wiedehopf macht es nicht aus, und anders geht es ja nichts an. Und ob dieser reinlichen Tieren unangenehme Geruch nicht vielleicht ein Schutz gegen diese ist?